Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 157 Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 **Burscheid, Donnerstag, 7. Juli 1932** Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 **72. Jahrgang**

Kleine Vorlagen im Landtag

Aus der Sitzung des Aeltestenrates

Der Aeltestenrat des Preußischen Landtages beschloß, die für Donnerstag vorgesehen gewesene erste Lesung des Etats für 1932 zurückzustellen bis nach Erledigung der politischen Amnestie. Am Freitag wird der Aeltestenrat nochmals tagen, um dann zu bestimmen, ob in der nächsten Woche das Landtagsplenum weitere Sitzungen abhalten muß entgegen den ursprünglichen Absichten, wonach das Haus sich Ende dieser Woche bis nach den Reichstagswahlen vertagen wollte. Auf nationalsozialistischer Seite wurde die Auffassung vertreten, daß der Landtag während des ganzen Juli verhandeln sollte, doch ist es fraglich, ob sich hierfür eine Mehrheit im Hause finden läßt. Von kommunistischer und sozialdemokratischer Seite wurden Beschwerden über die Nachtsitzungen des Plenums vorgetragen. Im weiteren Verlauf teilte Präsident Kerrl mit, daß künftig auf dem preußischen Parlamentsgebäude während der Vollsitzungen des Parlaments die schwarz-weiße preußische Flagge gehißt werden solle, wie es beim Reichstag mit der Reichsflagge üblich sei.

Bei Beginn der

Plenarsitzung

bringt Abg. **Pieck** (Komm.) einen Antrag seiner Fraktion ein, der

die Regierung ersucht, das Verbot des „Vorwärts" und der „Kölnischen Volkszeitung" sofort aufzuheben.

(Heiterkeit rechts.) Der Antrag wünscht weiter, daß nachgeordneten Behörden das Recht zum Erlaß von Zeitungsverboten entzogen werde. Der Redner verlangt sofortige Entscheidung über den kommunistischen Antrag. Hiergegen wird Widerspruch nicht erhoben.

Abg. **Dr. Hamburger (Soz.)** weist darauf hin, daß der kommunistische Antrag in seiner jetzigen Fassung dem Staatsministerium einen Auftrag erteile, den das Staatsministerium nicht erfüllen könne. Der Redner bringt einen sozialdemokratischen Antrag ein, wonach

das Staatsministerium ersucht werden soll, nochmals auf das ernsteste bei der Reichsregierung für die sofortige Aufhebung der Verbote einzutreten.

Abg. **Kube (Nat.-Soz.)** stimmt dem kommunistischen Antrag zu, und wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag, der mit seinem Hinweis auf die Zuständigkeit der Reichsregierung nur faulen Zauber darstelle.

Der sozialdemokratische Abänderungsantrag wird gegen die Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt, der kommunistische Antrag, das Verbot des „Vorwärts" und der K. V. sofort aufzuheben, in namentlicher Abstimmung mit 197 Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten gegen 28 Stimmen der Deutschnationalen angenommen. Die übrigen Parteien beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

Es folgt die Beratung einer großen Anzahl von

Bergwerksanträgen,

die vom Ausschuß vorberaten worden sind. Der erste Beratungsabschnitt gilt den Stillegungen im Bergbau.

Der Vertreter des preußischen Handelsministeriums weist darauf hin, daß die preußische Staatsregierung in Wort und Schrift bemüht gewesen sei, das Interesse des deutschen Erzbergbaues auch beim Reich zu vertreten. Die Staatsregierung habe an der Auffassung festgehalten, daß die notwendige Unterstützung dieses Produktionszweiges Sache der Reichsregierung sei, ganz gleich, ob es sich um private oder öffentliche Betriebe handele. Die deutsche Metallerzeugung sei ein wesentlicher Teil der heimischen Wirtschaft und von größter Bedeutung für die Unabhängigkeit vom Ausland. Solange die Verhandlungen mit dem Reich nicht zum Abschluß gelangt seien, werde die preußische Regierung, um die Stillegung ihrer Werke im Oberharz und Unterharz zu verhindern, einen vorläufigen Kredit zur Verfügung stellen.

Nach Ausschußberichten, in denen u. a. auch die Anträge gegen die Stillegung des Steinkohlenbergwerks „Dicksche Heide" der Niederrheinischen Bergwerks A.-G., über Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau, über die Ausführung der Notstandsarbeiten auf der Wenzeslausgrube bei Neurode, über die Beitragspflicht der Bergarbeiter zur Arbeitslosenversicherung, über das Grubenunglück auf Schachtanlage Dorstfeld und andere Anträge begründet werden, beginnt die allgemeine Aussprache über sämtliche Bergwerksanträge, die Abgeordneter **Rollmann (Nat.-Soz.)** eröffnet. Der Redner befaßte sich vor allem mit der Zeche Dicksche Heide, deren Geschick sich in diesen Tagen entscheidet. Werde die Zeche zum 15. Juli stillgelegt, so würden 1 800 Mann Belegschaft und 4 200 Familienangehörige brotlos. Der Redner stellt einen Zusatzantrag, wonach das Reichswirtschaftsministerium beauftragt werden wird, sich mit der Angelegenheit zu befassen und beispielloses Elend zu verhüten.

Abg. **Schlag (Komm.)** begründet einen kommunistischen Antrag über Mißstände auf der Grube Walter Hoffnung im Bezirk des Oberbergamtes Halle. Der Redner verlangt weiter sofortige Einstellung aller Subventionen an die Mansfeld A.-G.

Abg. **Freiherr von Gregory (Nat.-Soz.)** erörtert die Forderungen seiner Fraktion zur Erhaltung des Metallerzbergbaues in Preußen. Der Redner erklärt, es müsse jetzt Schluß mit der Kurpfuscherei an der deutschen Wirtschaft gemacht werden. Schutzmaßnahmen bedeuteten in der Endwirkung eine Hebung der Volkswirtschaft. An die Stelle des Zolles könne auch ein Verwendungszwang deutscher Rohprodukte treten. Zum Ausgleich einer etwaigen Verteuerung der Produkte könne auch der Abbau der riesigen Direktorengehälter dienen. Wenn man den deutschen Erzbergbau erhalten wolle, dann habe der Staatsbetrieb dasselbe Recht auf Unterstützung wie der Privatbetrieb.

Ein Regierungsvertreter beantwortete die deutschnationalen Anträge wegen der

Borsigwerke in Oberschlesien.

Er erklärte, daß die Bemühungen zur Aufrechterhaltung des Betriebes nicht zu einem Ergebnis führen könnten, da die Fortführung übermäßig hohe Aufwendungen erfordert hätte. Das Staatsministerium habe seit der Zerreißung Oberschlesiens ständig auf die Notwendigkeit hingewiesen, die oberschlesische Wirtschaft zu erhalten und die nötigen Mittel bereitzustellen. Der Regierungsvertreter teilte mit, daß das Staatsministerium auch bei der Reichsbahn seine Bemühungen fortsetzen werde, um die Frachten zwischen dem oberschlesischen Industriegebiet und der Oder zu verbilligen.

Ein weiterer **Vertreter des Handelsministeriums** beantwortete die Zentrumsanfrage über

das Seilfahrtunglück auf Zeche Dorstefeld

Die Frage eines Verschuldens werde eingehend geprüft. Auch die bisherige Regelung der Sicherheitsbestimmungen werde im Sinne der Ausschußforderungen nachgeprüft werden.

Abg. **Franz (Soz.)** behandelte die Frage der Stillegung der Borsigwerke in Oberschlesien und erklärte, daß in erster Linie das Reich dafür zuständig sei.

Abg. **Freiherr von Gregory (Nat.-Soz.)** fordert die Erhaltung des Borsigwerkes aus grenzpolitischen und wirtschaftlichen Gründen. Der Nationalsozialismus werde die Oder weiter ausbauen. Zwischen der ostdeutschen und der westdeutschen Industrie müsse eine vernünftige Arbeitsteilung eintreten.

Die Weiterberatung wird auf Donnerstag vertagt.

Aufhebung der Immunität des Ministerpräsidenten Braun

Der Geschäftsordnungsausschuß des Preußischen Landtages

setzte Mittwoch abend auf nationalsozialistischen Antrag zwei neue Ausschüsse ein. Der eine Ausschuß ist ein besonderer

Saarausschuß,

der vor allem auch die Zugehörigkeit des preußischen Saargebietes zu Preußen, die Unterstützung des Saargebietes in seinem schweren Kampf um die wirtschaftliche Existenz und die Abwehr fremder Bemühung auf Trennung des Saargebietes von Preußen usw. pflegen soll. Der andere neue Ausschuß ist für die Wahrung der

Interessen der darniederliegenden Forstwirtschaft

eingesetzt.

Ein im Ausschuß unterbreiteter Antrag des Rechtsanwalts Frank II (München) auf die Durchführung einer Privatklage und zur Strafverfolgung des Abg. Dr. h. c. Braun „wegen übler Nachrede und Beleidigung des Regierungsrats Adolf Hitler" wurde dadurch erledigt, daß mit den Stimmen der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Deutschnationalen beschlossen wurde, dem Landtag die Aufhebung der Abgeordnetenimmunität Brauns zwecks Durchführung der Privatklage und zur Strafverfolgung vorzuschlagen.

Es handelt sich dabei um Vorwürfe, die Ministerpräsident Dr. Braun in seiner Eigenschaft als sozialdemokratischer Abgeordneter anläßlich der Lauenburger Ausführungen Hitlers erhoben haben soll.

Der Ausschuß erteilte ferner auf Antrag des preußischen Ministerpräsidenten die

Genehmigung zur Strafverfolgung

des Abg. Selbmann (Komm.) wegen Beleidigung. Abgelehnt wurde die von Rechtsanwalt Dr. Everling beantragte Genehmigung zur Durchführung einer Privatklage gegen den Abg. Hörsing (Sozialrepublikanische Partei) wegen Beleidigung des Stahlhelmführers von Morozowic. Gleichfalls abgelehnt wurde der nationalsozialistische Antrag, den damals amtierenden Vizepräsidenten Baumhoff (Zentr.) verantwortlich und ersatzpflichtig für die Schäden zu machen, die bei der großen Schlägerei im Landtag am 25. Mai verursacht wurden. Der Antrag sprach von einem schuldhaften Versagen in der Geschäftsführung Baumhoffs.

Sozialwahlen

werden vom Bevölkerungspolitischen Ausschuß des Landtags gefordert

Der Bevölkerungspolitische Ausschuß des Preuß. Landtags nahm einen nationalsozialistischen Antrag an, wonach das Staatsministerium ersucht wird, mit allem Nachdruck vom Reichspräsidenten und der Reichsregierung die Aufhebung der Notverordnung vom 9. Dezember 1931 zu verlangen, durch die die Sozialwahlen für 1932 unterbunden und um mindestens ein Jahr verschoben würden. Der Antrag verlangt sofortige Einleitung und Durchführung der Sozialwahlen für Preußen.

Kontingentierung der Einfuhr von Frühkartoffeln

Im Reichsanzeiger erscheint eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, durch die die Einfuhr von Kartoffeln in der Zeit bis zum 31. Juli 1932 unter Einfuhrverbot gestellt wird.

Am 1. August 1932 tritt der handelsvertraglich nicht gebundene höhere Kartoffelzoll wieder in Kraft.

Flieger-Abenteuer

In 11 Stunden über den Atlantik — Eine erste Etappe endete bei Berlin

Die amerikanischen Armeeflieger Hauptmann Bennet Griffin und Leutnant James Mattern haben am Dienstag von Newyork aus einen Rundflug um die Welt angetreten. Sie wollen den von den amerikanischen Fliegern Post und Gatty gehaltenen Rekord von 3 Tagen, 15 Stunden, 51 Minuten für den Rundflug um die Welt schlagen. Von Harbour Grace (Neufundland) sind sie am Dienstag um 23,28 Uhr (MEZ.) nach Irland gestartet.

Die Flieger wurden bereits

Mittwoch vormittag um 10.30 Uhr über Nordirland

mit östlichem Kurs gesichtet. Sie haben demnach die etwa

3200 Klm. lange Atlantikstrecke in der phantastischen Zeit von etwa 11 Stunden bewältigt,

müßten also eine Durchschnittsgeschwindigkeit von annähernd 300 Klm. in der Stunde entwickelt haben.

Das Flugzeug passierte um 15.30 Uhr den Flugplatz von Hannover; es

landete um 17.42 Uhr auf dem Tempelhofer Flugplatz.

Die amerikanischen Flieger in Berlin

Als die „Progreß of Century" („Fortschritt des Jahrhunderts"), die Maschine der amerikanischen Flieger

Mattern und Griffin

um 17.42 Uhr auf dem Tempelhofer Flughafen landete, wurde sie von Pressevertretern umringt die den Piloten zujubelten. Beide Flieger machten einen außerordentlich frischen Eindruck. Mattern und Griffin sind die ersten, die in direktem Fluge von Amerika, und zwar

von Harbour Grace, Berlin in einer Gesamtflugzeit von 18¼ Stunden erreicht

haben und damit 3¼ Stunden weniger brauchten als Post und Gattn, deren Rekord für den Weltflug sie schlagen wollen. Griffin erzählte, sie hätten

über dem Atlantik außerordentlich schlechtes Wetter

gehabt das sie bisweilen gezwungen habe, bis auf 5 Meter über der Wasseroberfläche herunterzugehen. Auf die Frage, wann sie weiterfliegen wollten, antworteten sie, sie wollten möglichst bald nach Moskau starten, zunächst wollten sie aber etwas zu trinken haben. Dieser Wunsch wurde ihnen auch auf dem Rollfeld gleich mit mehreren Glas Bier erfüllt. Die Flieger mußten noch dem Kreuzfeuer der Kameraleute standhalten, wobei Griffin zuerst nicht mitmachen wollte, da er meinte, er sei zu schwarz, um sich photographieren zu lassen.

Der Abflug nach Moskau

Vor dem Weiterflug nach Moskau schickte Mat-

Die amerikanischen Weltflieger



Die Landung der Amerikaner in Berlin



tern seiner in Texas lebenden Gattin folgendes Telegramm: „Hoffe zum Wochenende zurück zu sein. Berlin war großartig. Willy."

Griffin mußte rasch die Hilfe eines Arztes in Anspruch nehmen, weil ihm eine Ader im Auge geplatzt war. Inzwischen waren die Tanks mit ca. 2000 Liter Brennstoff aufgefüllt worden. Die Flieger ließen im Flughafen Potsdam einige hundert Briefe, die schon in Newyork abgestempelt waren, mit deutschen Marken versehen und abstempeln, da diese Post bei ihrer Rückkehr nach Amerika die Stempel aller Zwischenlandeplätze tragen soll. Die Weltflieger hatten mit ihrem Weiterflug bis zum Einbruch der Dunkelheit gewartet, weil dann die Nachtbefeuerung auf der Strecke Berlin—Königsberg ihnen den Weg zeigt.

Von Gronaus neuer Ozeanflug: Der Grönland-Wal nach Sylt übergeführt

Aus Westerland auf Sylt, 6. Juli, wird gemeldet: Der Dornier-Wal D 2053 Wolfgang von Gronaus, mit dem der Flieger einen neuen Ozeanflug unternehmen will, ist am Dienstag von Travemünde nach Sylt übergeführt worden. Gronaus konsequentes Schweigen vor Beginn eines großen Fluges umgibt auch diesmal seine Pläne noch mit dem Schleier des Geheimnisses. Unwidersprochen ist bisher, daß der Dornier-Wal zunächst die alte Grönland-Route nach Amerika nehmen werde und daß sich möglicherweise in westlicher Richtung ein Weltflug anschließen soll. Man rechnet damit, daß Gronau noch eine Woche auf Sylt bleibt.

Die geretteten Australien-Flieger

Aus Wyndham, 6. Juli, wird gemeldet: Klausmann, der eine der beiden glücklich geretteten deutschen Australienflieger, befindet sich im hiesigen Krankenhaus, während sein Gefährte Bertram wieder wohlauf ist. Beide Flieger wurden hier bei ihrer Ankunft herzlich begrüßt.

„Do. X" in Danzig

Aus Danzig, 6. Juli, wird gemeldet: Das Flugboot „Do. X" traf heute gegen 17 Uhr, von Königsberg kommend, in Danzig ein, überflog die Stadt und ging dann am Weichseldurchbruch nieder.

Vater erschießt den Sohn

Aus Hannover, 6. Juli, wird gemeldet: Eine blutige Familientragödie spielte sich heute nachmittag in dem Vorort Seelze ab. Der Gutsbesitzer Schomburg geriet mit seinem 32jährigen Sohne auf der Diele seines Hauses infolge von Meinungsverschiedenheiten über die Einbringung der Heuernte in Streit, in dessen Verlauf er seine Flinte holte und den Sohn kurzerhand über den Haufen schoß. Der Schuß traf den jungen Schomburg in die Schläfe, so daß er, ehe ärztliche Hilfe zur Stelle war, verblutete.

Amtsantritt des neuen japanischen Außenministers

Aus Tokio, 6. Juli, wird gemeldet: Der neue japanische Außenminister Graf Uchida hat heute sein Amt angetreten. Er hat diese Stellung schon in drei früheren Kabinetten bekleidet und auch in der Zwischenzeit eine Reihe außenpolitischer Missionen, u. a. die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes, übernommen.

Die Abreise des Reichspräsidenten nach Neudeck



Reichspräsident von Hindenburg verließ mit dem fahrplanmäßigen D-Zug nach Eydtkuhnen die Reichshauptstadt, um einen mehrwöchigen Aufenthalt in Neudeck zu nehmen. Links neben dem Reichspräsidenten sein Sohn, Oberst von Hindenburg

Auswüchse politischer Kämpfe

Ein Reichsgerichtsurteil

Im Bahnhofshotel in Duisburg-Ruhrort ließen sich am 28. Januar v. J. gelegentlich einer öffentlichen Versammlung der Nationalsozialisten Duisburger Kommunisten schwere Ausschreitungen zuschulden kommen. Als der etwa 500 Personen fassende Saal zu zwei Drittel mit Kommunisten gefüllt war, stimmten sie die Internationale an, zerschlugen Einrichtung und Fenster und machten auch teilweise von ihren Schußwaffen Gebrauch. Dabei sind mehrere Nationalsozialisten verletzt worden. Einer der beteiligten Kommunisten, der inzwischen zur NSDAP übergetreten ist, hatte jedenfalls unter Eid Aussagen in dieser Richtung gemacht, sodaß die Hauptschuldigen vom Landgericht Duisburg-Hamborn zu je neun Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Dieses Urteil hat aber auf die Revision von zwei Angeklagten nicht die Billigung des Reichsgerichts gefunden, weil eben dieser Hauptbelastungszeuge unter den gegebenen Umständen teilnahmeverdächtig ist und deshalb nicht hätte vereidigt werden dürfen, und weil das Urteil im wesentlichen auf seiner Aussage beruht. Das angefochtene Urteil wurde infolgedessen aufgehoben und die Sache zu nochmaliger Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen.

„Laßt uns unsere Karabiner holen!"

Zu wüsten Ausschreitungen kam es in Homberg (Niederrhein). Von jungen Burschen wurden an verschiedenen Stellen Fensterscheiben der Häuser, in denen Kommunisten wohnen, eingeschlagen. Vor dem Hause des kommunistischen Kreistagsabgeordneten Krämer hatte sich ein größerer Trupp angesammelt. Die Fenster wurden von Kugeln durchlöchert, außerdem wurde die Haustür eingetreten und ausgehängt. Ein Schäferhund, der sich den Burschen entgegenstellte, wurde niedergeschossen. Dann drang man in die Wohnung ein und bedrohte eine Hausbewohnerin mit einem Dolch. Als man Krämer nicht vorfand, zog man wieder ab. Daß der Ueberfall planmäßig vorbereitet war, geht nach dem Bericht des NWP-Dienstes daraus hervor, daß ein politischer Gegner dem Kreistagsabgeordneten am Tage vorher zugerufen hatte: „Warte nur, morgen bis Du eine Leiche!" In der ganzen Nacht herrschte auf den Straßen Hombergs ein unruhiges Leben, und aus dem Munde der jugendlichen Vandalen hörte man sogar den Ruf: „Laßt uns unsere Karabiner holen!"

Weitere Zusammenstöße in Köln

In der Nacht zum Mittwoch kam es in Köln, wie die Polizei mitteilt, wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Insgesamt wurden 25 Personen vorläufig festgenommen.

In Ludwigshafen

kam es nach einer Mitteilung der Polizei bei einem Umzug der Nationalsozialisten zu erheblichen Störungen durch politische Gegner. In der schmalen Gasse zwischen Anilin- und Liebig-Straße erfolgte ein offenbar vorbereiteter Angriff in stärkerem Maße. Es wurden Steine geworfen; eine Frau gab sogar fünf Schüsse auf den Zug ab, und eine starke Gruppe drang in der Sodastraße auf die Nationalsozialisten ein, die sich schließlich zur Wehr setzten. Das Ueberfallkommando trennte die Streitenden. Später wurden die Nationalsozialisten dann wieder mit Steinen beworfen. Hunderte von politischen Gegnern stürzten sich erneut auf den Zug, wurden aber durch berittene Schutzpolizei zerstreut. Wiederholt machte die Polizei vom Gummiknüppel Gebrauch. Zwei Verletzte wurden in das Krankenhaus eingeliefert, sechs weitere Verletzte sind festgestellt worden. Neun Personen wurden festgenommen.

In Haaren (Ems)

hatten die Kommunisten zu Dienstag eine Versammlung einberufen. In der Versammlung bemerkte man auch zahlreiche auswärtige Kommunisten. Schon während der Versammlung verließen einzelne starke Trupps das Lokal und zogen auf Umwegen zu dem Hause eines Nationalsozialisten. Hier eröffneten sie nach einer NWP-Meldung ein Bombardement mit Steinen. Das Ueberfallkommando war sofort zur Stelle und nahm 25 Kommunisten fest. Aus diesem Anlaß und weil der Redner wiederholt in aufreizender Weise die Polizei angriff, wurde die Versammlung aufgelöst. Die Straße mußte teilweise unter Zuhilfenahme des Gummiknüppels gesäubert werden. Nach Aussagen einiger der festgenommenen Personen war der Angriff auf das Haus des Nationalsozialisten vorbereitet und nach Schluß der Versammlung geplant.

Wahlaufruf des Christlich-Sozialen Volksdienstes

Die Reichsleitung des Christlich-Sozialen Volksdienstes hat für die bevorstehende Reichstagswahl einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt:

In dieser Stunde größter vaterländischer Not geht unser Ruf an alle Evangelischen Deutschlands, die Kräfte lebendigen evangelischen Glaubens zu mobilisieren und geschlossen einzusetzen zur Rettung von Volk und Staat. Der Volksdienst wendet sich gegen die Verachtung des Staates durch den marxistischen Linksradikalismus wie gegen seine Vergötzung durch den Faschismus. Der Volksdienst will gegen alle Versuche, die Lasten einseitig auf die Schultern der Schwachen abzuwälzen, die Solidarität des ganzen Volkes bei der Ueberwindung der Wirtschaftsnot zur Geltung bringen.

Alle Mobilisierung der Kräfte im Innern heißt es am Schluß des Aufrufs, muß dem großen Ziele gelten, dem deutschen Volke nach außen wieder Gleichberechtigung und Freiheit auf allen Gebieten zu erkämpfen.

Staatsparteiler auf der Reichsliste der Sozialdemokraten?

Wie die Voss. Zeitung in einem Artikel über Listenverbindungen für die Reichstagswahl mitteilt, soll die sozialdemokratische Partei bereit sein, ohne irgendwelche Bindung oder Bedingung der Staatspartei ihre Reichsliste zur Verfügung zu stellen.

Die Universität Leipzig geschlossen

Wie das Berliner Tageblatt aus Leipzig berichtet, kam es in der dortigen Universität zu Ruhestörungen. Nachdem bekanntgegeben war, daß das sächsische Kultusministerium die von einer nationalsozialistischen Mehrheit beschlossene Studentenverfassung abgelehnt hat, versammelten sich die nationalsozialistischen Studenten. Während des Absingens des Horst-Wessel-Liedes erschien der Rektor der Universität, Prof. Dr. Litt, und ermahnte die Studenten zur Ruhe. Da aber die Mahnung des Rektors nicht befolgt wurde, ließ der Rektor die Universität räumen und die eisernen Tore schließen.

Bergarbeiterausstand in Belgien

Der Streik der Kohlenbergwerksarbeiter in Mons und Umgebung ist am Mittwoch in vollem Umfange zum Ausbruch gekommen.

Die diesjährige Ernte

Die Getreidebewirtschaftung

Der Reichsernährungsminister **Freiherr von Braun** führte in einer Rundfunkrede u. a. aus:

Aller Voraussicht nach werden wir eine Getreideernte haben, die über dem Durchschnitt liegt.

Zum ersten Male in der Nachkriegszeit wird Deutschland in seiner Brotversorgung frei und unabhängig vom Auslande sein.

Die wichtigsten Nahrungsmittel: Brot, Kartoffeln, Fleisch und Fett, stehen aus eigener Erzeugung in ausreichendem Maße zur Verfügung und können, wenn wir unserer Landwirtschaft den Lebensraum geben, den sie braucht, auch für die Dauer in solchem Umfange im Inlande erzeugt werden, wie die Ernährung unseres 65-Millionen-Volkes es beanspruchen kann.

Gleichwohl hat der Staat

große Aufgaben in der Verteilung dieses Erntesegens

zu erfüllen. Dabei besteht zunächst die Gefahr, daß die Landwirte gleich zu Anfang der Ernte ihr ganzes Getreide auf den Markt werfen und damit den Preis drücken, denn die Verschuldung der Landwirtschaft ist gewachsen. Es besteht ferner die Gefahr, daß gegen Ende des Verkaufsjahres zu wenig Getreide am Markt ist, die Getreidepreise steigen, während der Landwirt nichts mehr zu verkaufen hat. Wesentlich ist die Getreidepreise das ganze Jahr über stabil zu erhalten. Um eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Getreideernte auf das Erntejahr herbeizuführen, muß auf der einen Seite der Landwirt in die Lage versetzt werden, seine Ernte nicht unmittelbar nach der Einbringung abgeben zu müssen, auf der kaufenden Seite muß für alle die Getreidemengen, die in den nächsten Monaten über den laufenden Bedarf hinaus auf den Markt gebracht werden, die Möglichkeit der Aufnahme geschaffen werden. Die Reichsregierung hat es deshalb für ihre Pflicht gehalten, erstens den Gläubigerdruck auf die Landwirtschaft möglichst zu mildern und zweitens Maßnahmen zu treffen, die dem Landwirt die Möglichkeit geben, sein Geldbedürfnis zu befriedigen, ohne die Ware sofort verkaufen zu müssen.

Zur Milderung des Gläubigerdrucks

ist der Vollstreckungsschutz für Grundstücke ausgestaltet und überlängert worden. Darüber hinaus ist darauf hingewirkt worden, daß die Reichsbank, die Rentenbankkreditanstalt und die sonstigen Kreditinstitute keinen unzeitigen Druck bei der Einlösung ihrer Forderungen in den nächsten Monaten ausüben werden. Zur Befriedigung der Geldbedürfnisse der Landwirtschaft sind wiederum Möglichkeiten geschaffen worden, die eine

Beleihung des Getreides

gestatten. Die Banken haben sich bereit erklärt, Bevorschussungsgeschäfte zu finanzieren. Die Aufnahmefähigkeit unserer Getreidemärkte soll über den laufenden Bedarf hinaus gesteigert werden. Für das neue Erntejahr wird

für Weizen wieder der Vermahlungszwang von 97 Prozent

angewandt. Als weiteres Entlastungsventil wird das

Austauschexportverfahren für Weizen und Roggen

ab 1. August 1932 in Kraft gesetzt. Zugunsten des Roggenmarktes wird eine

Erhöhung des Roggenverbrauches

um mehrere 100 000 Tonnen durch Aufhebung der im letzten Frühjahr zur Streckung der Roggenvorräte eingeführten Festsetzung der Ausmahlungsgrenze von 70 Prozent erreicht werden. Durch die Verkoppelungsaktion von deutscher Gerste und Auslandsroggen werden auch diejenigen Betriebe und Wirtschaftsgebiete berücksichtigt, bei denen der Futtergetreidezukauf eine stärkere Rolle spielt.

Den Geflügelhaltern

wird nach dem Muster, die Eier zu standardisieren,

verbilligter Mais

zur Verfügung gestellt werden.

Den durch die dargelegten Maßnahmen gekennzeichneten Kurs der Getreidepolitik wird die Reichsregierung während des ganzen Jahres in der großen Linie durchhalten. Die großen Aufgaben, die die Regierung weiter zu lösen hat, liegen auf dem Gebiete der tierischen Produktion und auf dem Gebiete von Obst, Gemüse, Holz.

Türkei und Völkerbund

Die Aufnahme der Türkei in den Bund

Der Völkerbund hat in einer außerordentlichen Bundesversammlung beschlossen, die Türkei zum Beitritt eingeladen. In der Versammlung, an der in privater Eigenschaft der ehemalige amerikanische Staatssekretär Kellogg teilnahm, ergriffen die Vertreter von 16 Staaten das Wort. Besonders herzlich wurde die Einladung begrüßt von dem Vertreter Deutschlands, Gesandten Göppert, der im Auftrage des in Lausanne zurückgehaltenen Reichsaußenministers Freiherrn von Neurath sprach und auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei hinwies. Auf Grund des Beschlusses der Völkerbundsversammlung, die sich einstimmig für die Aufnahme der Türkei aussprach, wird die Türkei am Montag, 18. Juli, in einer feierlichen Bundesversammlung in den Völkerbund aufgenommen werden. Zu den Verhandlungen am Mittwoch war schon der Gesandte der Türkei in Bern, Kemal Hüsnü Bei, erschienen.

Die Ausschüsse des Weltbundes der Völkerbundsliger

haben in Paris weiter getagt und eine Anzahl Entschließungen angenommen. Der Minderheitenausschuß hat sich mit der Lage der Heimatlosen befaßt. Der politische Ausschuß hat u. a. die Einführung eines eigenen Hoheitszeichens für den Völkerbund empfohlen sowie die Wiederabhaltung von jährlich zwei Sitzungen des Mandatsausschusses des Völkerbundes. Der Ausschuß für Wirtschafts- und soziale Fragen hat eine Entschließung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angenommen und Maßnahmen zur Wiederherstellung des internationalen Kredits besonders in Ost- und Mitteleuropa angeregt. Der Abrüstungsausschuß hat unter dem Vorsitz von Lord Robert Cecil eine Debatte über die Hoover-Vorschläge abgehalten, bei der die deutsche, die englische und die französische Delegation diesen Vorschlägen zustimmten. An den Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz in Genf, Henderson, wurde ein Telegramm gerichtet, in dem der Wunsch ausgedrückt wird, daß die Abrüstungskonferenz unverzüglich zu greifbaren Ergebnissen führen möge. Der Ausschuß für Unterricht und Erziehung trat für eine Schulausbildung ein, bei der die Vaterlandsliebe mit dem Weltbürgertum in Einklang gebracht werden soll.

Bankettreden

Die französische Sektion der Amities Internationales veranstaltete zu Ehren des Kongresses des Weltbundes der Völkerbundsligen ein Essen, bei dem der Vorsitzende der Amities Internationales, der Abgeordnete **Chabrun**, und der Vorsitzende der französischen Völkerbundsvereinigung, **Jean Hennessy**, Ansprachen hielten. Die Redner wiesen beide darauf hin, daß der Kongreß die Förderung des Friedensgedankens und den Ausbau des Völkerbundes zum Zweck habe. Im Namen der deutschen Delegation sprach **Prof. Jaeckh** für den Gedanken der Aussöhnung, die nach seiner Ansicht leicht erzielt werden könne, da das deutsche und französische Volk wie auch die anderen Völker für Frieden und Aussöhnung seien. Der französische Abgeordnete **Berger** behandelte in längeren Ausführungen die drei aktuellen Probleme, Reparationen, Abrüstung und Oesterreich. Er bemerkte, daß die bis jetzt bei allen drei Problemen betriebene Politik zum Teil falsch gewesen sei, und da, wo sie Ansätze zu einer vernünftigeren Behandlung gezeigt habe, zu zaghaft betrieben worden sei. Was die Reparationen anbetreffe, so würde die Streichung wirtschaftliche Vorteile bringen, die in keinem Verhältnis zu den Summen stehen, um die man heute noch in Lausanne verhandele. Bergery trat sodann für die kontrollierte Abrüstung und für die bessere Berücksichtigung der Notwendigkeiten Deutschlands nach den Grundsätzen der Gleichheit ein. Oesterreich, so erklärte er schließlich, sei unter den gegebenen Umständen nicht lebensfähig, er plädierte daher für die europäische Zollunion.

Keine Einigung in Lausanne

Die Besprechungen am Mittwoch

Das Wolffbüro meldet aus Lausanne, 6. Juli: Die ursprünglich für gestern abend erwarteten entscheidenden Ereignisse sind nicht eingetreten. Die französischen und englischen Sachverständigen, die gestern bis in die späten Nachtstunden verhandelt haben, sind auch heute vormittag wieder zusammengetreten. Wie verlautet, sollen ihre Besprechungen hauptsächlich einer Angleichung der französischen und englischen Vorschläge, die in bezug auf die Methode der Ausgabe von Bonds erheblich auseinandergehen, gegolten haben. Ferner verlautet auch, daß man es für notwendig gefunden haben soll, gewisse Abänderungen des Caillaux-Churchill-Abkommens über die französischen Schulden bei England zu treffen, da in diesem Monat Frankreich an England eine Zahlung von 1½ Millionen Pfund hätte leisten sollen.

Die Frage der Höhe der deutschen Leistung soll auch noch offen stehen. Es verlautet weiter, daß man einen Weg gefunden habe, die Sicherheitsklausel wegen der Schulden an Amerika irgendwie zu umgehen.

Die amerikanischen Delegierten auf der Abrüstungskonferenz statteten heute vormittag einen Besuch bei der englischen Delegation ab. Es wird betont, daß dieser Besuch ausschließlich der Abrüstungsfrage gegolten habe. Gestern abend stattete Grandi dem englischen Premierminister einen Besuch ab. Heute früh arbeiteten wieder die englischen mit den italienischen Sachverständigen zusammen. Herriot hatte mit Macdonald eine einstündige Unterredung.

Eine andere Meldung vom 6. Juli berichtet: Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk stattete heute dem englischen Premierminister einen Besuch ab. Wie verlautet, soll dieser Besuch hauptsächlich der Besprechung der technischen Seite gegolten haben. Es verlautet, daß sich der Schwerpunkt der Besprechungen nun mehr und mehr nach der Ziffernfrage der deutschen Leistungen hin verschiebt. Jedoch ist im Augenblick noch nichts Näheres darüber bekannt.

Weiter berichtet das Wolffbüro: In den Besprechungen bei Macdonald hat es sich gutem Vernehmen nach nicht nur um die Auseinandersetzung der alliierten Gläubigermächte untereinander gehandelt, sondern es ist dabei auch versucht worden, einen gemeinsamen Vertragsentwurf aufzustellen. Nach dem Besuche Herriots wurden solche Bemühungen im Lager der französischen Delegation und im Beisein von Sir Leith-Roß fortgesetzt. Es soll sich dabei um einen Vertrag handeln zur Abgeltung der wechselseitigen Ansprüche zwischen allen beteiligten Nationen. Der Betrag für solche Leistungen ist natürlich einstweilen offen gelassen worden. Doch scheint man sich zu bemühen, die Ziffer noch etwas in die Höhe zu treiben.

Sir Walter Layton fordert politische Verständigung

Sir Walter Layton sagt in einem Bericht aus Lausanne im „News Chronicle", das deutsche Verlangen nach gewissen politischen Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem geplanten Reparationsabkommen erscheine im ersten Augenblick unlogisch, aber der Baseler Sachverständigen-Ausschuß habe darauf hingewiesen, daß es nicht nur einer angemessenen wirtschaftlichen und finanziellen Regelung bedarf, sondern auch einer politischen Befriedung, ohne die dem Vertrauen und dem Kredit kein neues Leben eingeflößt werden könne. Eine aufrichtige politische Verständigung sei vielleicht ebenso wichtig für Frankreich wie für Deutschland.

Ein Milliardengeschenk für Herriot

Damit bei diesen ernsten Verhandlungen auch der Humor zum Ausdruck kommt, sei folgende aus Lausanne berichtete kleine Geschichte wiedergegeben:

Herriot, der seinen Geburtstag feierte, hat unter der Fülle der eingelaufenen Glückwünsche einen Umschlag gefunden, der einen deutschen Fünfmilliardenschein aus der Inflationszeit enthielt mit der Aufschrift: „Zum völligen Ausgleich!"

Zuversichtliche englische Berichte aus Lausanne

Die Berichte der englischen Blätter aus Lausanne lauten am Mittwoch verhältnismäßig zuversichtlich.

Der Korrespondent der „Morning Post" meldet, daß vielleicht schon heute ein Ausgleich gefunden werden würde. Zwischen der britischen und der französischen Delegation sei eine Vereinbarung wegen der französischen Schulden an England erzielt worden. Es sei keine Rede davon, daß Italien Schwierigkeiten mache. — Der Korrespondent der „Daily Mail" glaubt, die Lage sei nicht ganz so ernst wie sie aussehe. Deutschland würde schwerlich darauf bestehen, in Lausanne die Abrüstungsfrage zu behandeln. In der Kriegsschuldfrage hoffe man, eine geschickt abgefaßte Klausel für einen neuen Vertrag finden zu können. Die Frage der Gesamtsumme sollte keine unüberwindlichen Schwierigkeiten machen. — Reuter meldet aus Lausanne, die Franzosen hätten einen vollkommenen Frontwechsel vorgenommen, und die Aussichten hätten sich entsprechend verändert. Herriot habe tatsächlich ein Ultimatum gestellt. Seine Haltung sei infolge der Pariser Besprechungen, die er gehabt habe, noch unnachgiebiger geworden, so daß er es abgelehnt habe, die Streichung der Kriegsschuldklausel auch nur zu erörtern. Andererseits sei Deutschland in gewissen Punkten nicht umzustimmen. Die Lage werde noch kompliziert durch die Haltung Italiens. Es sei klar, daß eine Vereinbarung die Klausel über die Kriegsschulden werde enthalten müssen, schon um Großbritannien vor gewissen Eventualitäten zu schützen. Die britische Haltung sei eindeutig. Großbritannien stehe zur Balfour-Erklärung, daß es nicht mehr von seinen Schuldnern verlange, als es zu bezahlen habe.

Pertinax meldet dem „Daily Telegraph" aus Lausanne, Dienstag abend habe zumindest auf französischer Seite die Ueberzeugung geherrscht, daß die Lausanner Konferenz keinen Erfolg haben könne, und daß den Unterhändlern nichts weiter übrig bleibe, als für ihre Liquidation zu sorgen. Das sogenannte Gentlemen-Agrement, demzufolge die Gläubigermächte das Abkommen nicht in Kraft setzen, bevor eine befriedigende Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten erreicht worden sei, liege bereits im Entwurf vor, ebenso eine an Deutschland zu übergebende Mitteilung darüber. — Der Korrespondent des „Daily Telegraph" rechnet damit, daß in der Kriegsschuldfrage eine Formel gefunden werde, die sich darauf gründe, daß die Streichung der Reparationen automatisch die Bezugnahme des Vertrages auf die Kriegsschuld aufheben würde. — Der „Times"-Korrespondent meint zu den politischen Forderungen Deutschlands, es sei denkbar, daß in Lausanne ein Kompromiß in der Kriegsschuldfrage erreicht werde, falls die deutsche Forderung nach formeller Streichung aufgegeben werde. Ebenso sei es denkbar, daß man sich in Genf auf ein Kompromiß einige, das eine sichtbare Rüstungsverminderung bedeute. Der Korrespondent fügt hinzu, am späten Abend sei die Stimmung optimistischer geworden. Es bestehe der Eindruck, daß Herriot die angeregte Formulierung der politischen Klauseln mißverstanden habe, und daß eine Aufklärung dieses Mißverständnisses im Laufe des heutigen Tages erfolgen werde. — Der Korrespondent der „Financial Times" erklärt, die deutschen Delegierten seien anscheinend die einzigen, die Aussicht haben, die Konferenz mit einem Vorteil zu verlassen.

Die kleinen Mächte fordern striktes Verbot des Bombenabwurfs

Die Vertreter Spaniens, Schwedens, Norwegens, Dänemarks, Hollands, Belgiens, der Schweiz und der Tschechoslowakei haben beschlossen, darauf hinzuwirken, daß in den Resolutionsentwurf des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz ein uneingeschränktes Verbot des Bombenabwurfs aus der Luft aufgenommen werde. Die gesamten Staaten sollen sich gegen Verwässerungen dieses Verbotes ausgesprochen und gegen den von Frankreich im Luftfahrtausschuß eingebrachten Antrag, der den Abwurf von Bomben auf den Schlachtfeldern und im Bereich der Luftstützpunkte weiter zulassen will, gewandt haben.

Die Besprechungen am Mittwoch

Es verlautet nach einer späteren Drahtung aus guten ausländischen Quellen, daß die Bemühungen um einen Ausgleich der verschiedenen Standpunkte auf der Gegenseite bis Mittag so gut fortgeschritten seien, daß sich in der Frage der politischen Forderungen Deutschlands eine nach Ansicht der Gegenseite brauchbare Formel ergeben habe. Um 4 Uhr ist das Büro zusammengetreten, in dem Deutschland durch Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk und Staatssekretär von Bülow vertreten sind. Wenn die Verhandlungen gut fortschreiten und über die Zahlenfrage, die noch offen steht, ein gewisser Grad der Verständigung erzielt werden kann, so ist für 6.30 Uhr eine Vollsitzung der sechs einladenden Mächte vorgesehen. Die allgemeine Stimmung ist demgemäß heute nachmittag gegen die etwas gedrückte Auffassung des gestrigen Abends und des frühen Vormittags merklich gehoben.

Eine Contimeldung berichtet: Von gut unterrichteter ausländischer Seite erfahren wir, daß der Vorschlag, der in bezug auf die deutschen Forderungen nach Aufhebung des Teiles 8 des Versailler Vertrages heute ausgearbeitet worden ist, sich auf Artikel 2 des Haager Abkommens und dessen Wortlaut im wesentlichen stützt, um zu einer Formel zu gelangen, die ungefähr wie folgt lautet:

„Die Bedingungen des Versailler Vertrages, soweit sie sich auf die Reparationen beziehen, sind aufgehoben."

Endlich wird dem Wolffbüro noch gemeldet:

Kurz nach 6.30 Uhr trafen der Reihe nach die Finanzminister Frankreichs, Italiens, Japans und Belgiens im Hotel der britischen Delegation ein, um an den Besprechungen teilzunehmen. Man hat den Eindruck, daß die Verhandlungen in eine entscheidende Phase eingetreten sind.

Ergebnislos!

Die Lausanner Abendbesprechung abgebrochen

Das Wolffbüro meldet aus Lausanne, 6. Juli: Die Abendbesprechung ging nach etwa fünfviertelstündiger Dauer um 10,45 Uhr zu Ende, soweit bekannt, mit negativem Ergebnis. Ein Bericht über diese Besprechung wird angekündigt.

Herriots Standpunkt

Von französischer Seite wird zu dem Verlauf der Nachmittagsverhandlung gesprächsweise mitgeteilt, daß Herriot auf dem Standpunkt stehe, die Ziffernfrage sei für ihn nebensächlich; dagegen könne er in der Kriegsschuld-, Sicherheits- u. Gleichberechtigungsfrage keineswegs entgegenkommen. Die von Macdonald vorgeschlagene Formel zu dem erstgenannten Punkt, wonach der neue Vertrag den Youngplan und den Dawesplan annulliere, wie diese den Teil VIII des Versailler Vertrages annulliert hätten, sei nur in einer Form annehmbar, die das Wort „annullieren" vermeide und durch „beendet" ersetze. In Bezug auf die interalliierten Schulden sei ein gentleman agrement zustandegekommen. Im übrigen gingen die Verhandlungen ja im Laufe der Nacht weiter, aber die Lage sei ernst.

*

Die Tel.-Union meldet über den

Gang der Verhandlungen

Die Verhandlungen zwischen den leitenden Staatsmännern, die seit vier Uhr nachmittags geführt wurden und an denen Reichskanzler von Papen und Herriot teilnahmen, wurden zunächst um 8 Uhr unterbrochen.

Die Verhandlungen sind außerordentlich schwierig verlaufen und es ist zu

schweren ernsten Kämpfen

gekommen. Die Besprechungen der letzten Stunden sind fast ausschließlich

zwischen Macdonald, Herriot und von Papen

allein verlaufen. Gesondert fanden in den Nebenräumen ununterbrochene Beratungen der Finanzsachverständigen statt.

Macdonald hat immer wieder darauf hingewiesen, daß ein Zusammenbruch der Konferenz unvermeidlich zu einer allgemeinen Katastrophe führen würde, jedoch ist

Herriot nicht einen Schritt von seiner vollständig ablehnenden Haltung abgewichen

und hat weder in der Frage der Höhe der Summe der deutschen Abschlußzahlungen, noch in den damit zusammenhängenden politischen Fragen irgendwelches Entgegenkommen gezeigt. Macdonald hat immer von neuem auf die katastrophalen Folgen aufmerksam gemacht, die sich aus einem negativen Ausgang der Konferenz ergeben würden, aber alle Versuche und alles Drängen Macdonalds sind bisher gescheitert.

Herriot hat gleich nach seiner Rückkehr von der vierstündigen Unterredung bei Macdonald im Hotel Beau Rivage der französischen Presse einige kurze Mitteilungen gemacht. Er erklärte, es sei alles vollständig im Dunkeln. Er habe

die politischen Forderungen der deutschen Abordnung auf Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands in der Abrüstungsfrage und Streichung des Kriegsschuldartikels 231 des Versailler Vertrages abgelehnt

und müsse diese Versuche, politische Forderungen mit der Tributfrage zu verbinden, von sich weisen. Die Lage sei außerordentlich

ernst und schwierig.

Ueber die Frage der Höhe der deutschen Abschlußzahlung hat Herriot keinerlei Mitteilungen gemacht.

Deutsche Pfadfinder beim amerikanischen Präsidenten



Eine Gruppe deutscher Pfadfinder, die gegenwärtig durch die Vereinigten Staaten reist, wurde vom Präsident Hoover im Weißen Hause in Washington empfangen

Donnerstag morgen neue Zusammenkunft des Kanzlers mit Herriot

Aus englischen Kreisen in Lausanne verlautet, daß eine neue Zusammenkunft Herriots mit von Papen für Donnerstag früh vorgesehen ist.

Es verlautet ferner, daß diese Unterredung entscheidend sein werde, jedoch fürchte man in englischen Kreisen, daß der Donnerstag mit Zusammenkünften und Verhandlungen völlig ausgefüllt werde, so daß es unwahrscheinlich erscheine, daß eine eventuelle Entscheidung vor den späten Abendstunden erwartet werden dürfe, d. h. daß eine Vollsitzung der Konferenz nicht vor Freitag stattfinden könne.

Weiter verlautet, daß trotz des großen Pessimismus, der in deutschen und französischen Kreisen herrsche, in englischen Kreisen die Ueberzeugung auftrete, daß sich die Lage seit Dienstag verbessert habe.

Der Auswärtige Ausschuß der französischen Kammer zur Reparationsfrage

Der Auswärtige Ausschuß der französischen Kammer hat den Bericht des Abgeordneten Bergery über die Reparations- und Schuldenfrage entgegengenommen. Abg. Bergery kritisierte die Tätigkeit der französischen Delegation und bedauerte, daß die französischen Vertreter nicht gleich zu Beginn der Verhandlungen die großzügige Geste getan hätten, die Verpflichtungen Deutschlands zu annullieren, abgesehen von einem noch zu bestimmenden Restbetrag. Er hoffe, daß Herriot Lausanne nicht verlasse, ohne greifbare Kompensationen für den Erlaß der deutschen Schulden zu erreichen.

Festhalten Amerikas an der Durchführung des Hooverplanes

Aus Washington, 6. Juli, wird dem Wolffbüro berichtet: Eine Vertagung der Genfer Konferenz wird im Staatsdepartement als ein kluger Schritt bezeichnet. Stimson hatte Telephongespräche mit Gibson und erklärte anschließend, der Hooverplan bedürfe einer eingehenden Prüfung vonseiten der einzelnen Regierungen. Die amerikanische Delegation werde nach Washington kommen, um die von den anderen Delegationen zum Hooverplan gemachten Vorschläge mit maßgebenden hiesigen Kreisen zu erörtern. Wahrscheinlich werde der Stab der Delegation bei einer neuen Reise wegen Geldmangels verkleinert werden. Dies bedeute jedoch kein Aufgeben des Zieles. Die amerikanische Regierung halte im Gegenteil die bisherige Entwicklung für sehr ermutigend und werde weiterhin auf die Durchführung des Hooverplanes hinarbeiten.

Was die deutsche Vertretung von der Abrüstungskonferenz hält

Gemäß dem Beschluß des Büros der Abrüstungskonferenz haben die Besprechungen über die Vorbereitung der Resolution, mit der der erste Tagungsabschnitt der Abrüstungskonferenz abgeschlossen werden soll, begonnen.

Bei der deutschen Delegation wird die Lage nach wie vor als sehr schwierig beurteilt. Zunächst ist mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Ergebnisse im günstigsten Falle hinter den deutschen Forderungen nach einer allgemeinen wirksamen Rüstungsherabsetzung noch wesentlich zurückbleiben. Die deutsche Delegation wird die Liste der vorläufig zu beschließenden Abrüstungsmaßnahmen, die man dem Hauptausschuß der Konferenz in der nächsten Woche im Rahmen der Resolution vorlegen wird, daraufhin genau prüfen. Schon heute kann aber festgestellt werden, daß die endgültige Haltung der deutschen Delegation zu der Resolution selbstverständlich weitgehend davon abhängt, in welcher Form der deutschen Kardinalforderung nach Gleichberechtigung Rechnung getragen wird.

Englische Note an die Reichsregierung wegen der Kohlen-Einfuhrbeschränkungen

Im Rahmen der Verhandlungen über die deutschen Einfuhrbeschränkungen für englische Kohle hat die englische Regierung durch ihre Botschaft in Berlin der Reichsregierung eine Antwort auf die letzte Note übergeben, in der vorgeschlagen wird, die ganze Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Gleichzeitig ist die deutsche Regierung gefragt worden, ob sie irgendwelche Einwendungen dagegen zu erheben hat, daß am Montag von dem englischen Regierungsvertreter eine ausführliche Erklärung über die gesamte Lage im Unterhaus abgegeben wird.

Dem deutschen Vorschlag zufolge sollen zwei Gruppen Fragen einem Schiedsgericht unterbreitet werden:

1. Die Frage, ob die deutschen Einschränkungsbestimmungen gegen die Einführung englischer Kohle eine Diskriminierung sind.
2. Alle Beschwerden, die deutscherseits gegen die Einführung von solchen englischen Zöllen, die dem deutschen Handelsverkehr abträglich sind, erhoben worden sind sowie auch die Weigerung der englischen Regierung, hierüber entsprechend dem Abs. 2 des Protokolls zum deutsch-englischen Handelsvertrag in mündliche Verhandlungen einzutreten.

Es kann angenommen werden, daß die englische Antwort sich auf beide Gruppen erstreckt. Es ist aber nicht bekannt, in welchem Sinne die Antwort zu den einzelnen Frage ausfallen wird. Die englische Regierung nimmt an, daß von der deutschen Regierung keine Einwendungen gegen die Abgabe einer Erklärung im Unterhaus erhoben werden.

Beschlüsse des Landtags-Hauptausschusses

Im Hauptausschuß des Preußischen Landtages wurde beschlossen, auf die Reichsregierung einzuwirken, für das Jahr 1933 die Einheitsbewertung nach dem Ertragswert zu ermitteln und die im Jahre 1932 auf diese Vermögenswerte gezahlten Steuern anzurechnen. Nach einem anderen Beschluß soll die Reichsregierung veranlaßt werden, gesetzgeberische Maßnahmen zu treffen, um unverschuldet in Not geratene Volksgenossen vor der Verschleuderung ihres Grundbesitzes und Hausbesitzes durch Zwangsversteigerung zu schützen. Mit den Stimmen der Nationalsozialisten wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, die Vorfälle in Breslau im Juni, wobei es sich nach dem Antrag um nationalsozialistische Ausschreitungen handelt, zu untersuchen und die Schuldigen zu bestrafen. Annahme fand weiter ein nationalsozialistischer Antrag, im Einvernehmen mit der Gemeinschaft der Verbände an der Untereider und den zuständigen Stellen die Eindämmung der Eider in Angriff zu nehmen. Nach einem weiteren Beschluß sollen die erforderlichen Mittel zur Verhinderung weiterer Landverluste des nördlichen und westlichen Samlandes aus der Osthilfe sofort bereitgestellt werden. Auf Antrag des Zentrums wurde das Staatsministerium ersucht, im Benehmen mit der Reichsregierung und der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten die zur Vollendung des Baues der Serpe-Talsperre und zur Errichtung einer Talsperre bei Ahausen in Verbindung mit dem Bau eines Speicherkraftwerkes erforderlichen Mittel im Wege der Kreditbeschaffung zur Verfügung zu stellen.

Reichshilfen für die Viehzucht

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat sich in Anbetracht der bedrohlichen Lage der Rinderzucht entschlossen, den anerkannten Rinderzüchtervereinigungen wieder eine größere Beihilfe zu gewähren, damit sie weiterhin ihre Aufgaben erfüllen und ihre Einrichtungen sowie ihr Zuchtmaterial erhalten können. Die Mittel werden wie im Vorjahre nach der Zahl der eingetragenen Rinder auf die einzelnen Organisationen durch die Landesregierungen verteilt werden.

Ferner wird der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft zum Zwecke der Verbesserung der bäuerlichen Viehhaltungen den Erwerb hochwertiger Vatertiere (Bullen, Eber, Schaf- und Ziegenböcke) durch Bereitstellung von Reichshilfen in Höhe von 15—25 v. H. des Ankaufpreises unterstützen, wenn sie von den Zuchtverbänden, Zuchtgenossenschaften oder Gemeinden aus Leistungszuchten und insbesondere auf den Zuchtviehauktionen erworben sind. Die Reichsbeihilfen werden den Landesregierungen nach Maßgabe des am 1. Dezember 1931 gezählten Bestandes zur Verteilung überwiesen werden.

Französische Soldaten auf deutschem Boden

Wie aus dem Grenzort Ludwigswinkel gemeldet wird, erschienen dort Mittwoch vormittag aus Richtung Obersteinbach (Elsaß) zwei berittene Franzosen, ein Leutnant und ein Unteroffizier. Sie ritten bis zum Brunnen am Dorfausgang und tränkten dort ihre Pferde. Auf Befragen erklärten die beiden Franzosen, daß sie sich verirrt hätten. Mittlerweile kamen aus dem Dorf einige deutsche Zollbeamte, bei deren Anblick die Franzosen sich auf ihre Pferde schwangen und im Galopp der Grenze zuritten. Die Zollbeamten verfolgten die Flüchtenden, konnten sie jedoch auf dem schlechten Wege mit ihren Fahrrädern nicht einholen. Einer der Franzosen sprach fließend deutsch. An der Verfolgung beteiligten sich auch zahlreiche Einwohner.

Um die Einberufung des Ueberwachungsausschusses

Da der Abg. Strasser (Nat.-Soz.) den Ueberwachungsausschuß des Reichstages noch immer nicht einberufen hat, hat der Abg. Hertz (Soz.) namens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Präsidenten Löbe ein Schreiben gerichtet, in dem er den Präsidenten bittet, die nötigen Schritte zum Zusammentritt des Ueberwachungsausschusses einzuleiten. In dem Brief wird zunächst darauf hingewiesen, daß mit dem 25. Juni die vom Abg. Strasser gewünschte Mehrheit für den Zusammentritt des Ausschusses Wirklichkeit sei. Trotzdem, so heißt es weiter, ist bis zum heutigen Tage vom Abg. Strasser der Zusammentritt des Ausschusses nicht veranlaßt worden. Die uns in dem Schreiben am 23. Juni vom Abg. Strasser in Aussicht gestellte weitere Nachricht ist ebenfalls nicht zugegangen. Wir sehen unter diesen Umständen in dem Verhalten des Abgeordneten den Versuch, den Zusammentritt des Ausschusses zu verhindern, obwohl die von ihm selbst gestellte Voraussetzung, daß eine Mehrheit der Mitglieder des Ausschusses den Zusammentritt wünsche, schon fast 14 Tage erfüllt ist. Unter diesen Umständen müssen wir Sie, geehrter Herr Präsident, bitten, die nötigen Schritte zum Zusammentritt des Ausschusses von sich aus zu ergreifen.

Freiherr von Neurath in Bern

Der deutsche Außenminister Freiherr von Neurath hat sich nach Bern begeben, um einen Staatsbesuch bei der schweizerischen Regierung abzustatten und an einem Frühstück beim deutschen Gesandten in Bern, Adolf Müller, teilzunehmen.

Sowjetrussische Fachleute für die Türkei

Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet: Nach der Türkei reist demnächst die erste Gruppe der sowjetrussischen Fachleute und Sachverständigen ab, die von der türkischen Regierung eingeladen wurden, eine Reihe von Entwürfen für die Errichtung großer Leichtindustriebetriebe auszuarbeiten, unter denen sich Zucker- und Papierfabriken befinden.

Zollverordnung des Schatzamtes vom Unterhaus bestätigt

Das Unterhaus bestätigte die Verordnung des Schatzamtes, wonach die Zollsätze auf Stahl, Eisen und Rasierklingen um drei Monate verlängert, die Sätze für die Einfuhr von durchsichtigem Einschlagpapier aus Zellulosestoffen erhöht werden. Sir Hoare Belisha, Unterstaatssekretär im Handelsamt, hatte eine dahingehende Entschließung eingebracht, die mit 224 gegen 42 Stimmen angenommen wurde.

Amtsantritt des neuen japanischen Außenministers

Aus Tokio, 6. Juli, wird gemeldet: Der neue japanische Außenminister Graf Uschida hat heute sein Amt angetreten. Er hat diese Stellung schon in drei früheren Kabinetten bekleidet und auch in der Zwischenzeit eine Reihe außenpolitischer Missionen, u. a. die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes, übernommen.

Heute nachmittag 5.30 Uhr entschlief sanft und ruhig nach schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Hugo Steinhaus

Auguste geb. Heider

im Alter von 58 Jahren und 8 Monaten.

Um stille Teilnahme bitten:

Hugo Steinhaus
nebst Kindern und Anverwandten.

Heide, Preyersmühle und Wermelskirchen, den 4 Juli 1932.

Die Beerdigung findet Freitag, den 8. Juli, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause in Heide aus statt.

Ballspiel-Verein Burscheid



Am **Donnerstag, 7. Juli 1932,** abends 8.30 Uhr, findet im Vereinslokal Ohmann

eine außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

statt, deren Wichtigkeit das Erscheinen sämtl. Mitglieder bedingt.

Vorstandssitzung 1 Stunde vorher, ebenfalls bei Ohmann.

Der Vorsitzende.

Stark herabgesetzte Preise in

Bau- und Obstleitern

mit platten und runden Sprossen, gute starke Sprossen, Ia Bäume. **Treppen-Leitern** spottbillig, **Radio- u. Gerüststangen, Heuböcke** Stck. 1.50 RM, **Heurechen u. Stiele** jeder Art, **Blumen-, Rosen- u. Stachelbeerstöcke** Bund 6 Stück 1 RM, **Brennholz** für Ofen und Zentralheizung,

J. Hemmelrath, Hilgen



Zu haben bei

Schuh-Rombelsheim

Opladen
Düsseldorferstr. 3
Kämpchenstr. 11

(Eigene Reparatur-Werkstätte)

---

2 bis 3 Zimmer-Wohnung

in **Hilgen** zu vermieten.

Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

---

7 bis 8000 RM 1. Hypothek

sofort nur vom Selbstgeber gesucht.

Offerten unter „H. B. 100" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Ich kaufe laufend jeden Posten

saure Kirschen

Willy Selbach
Lungstraße Fernspr. 235.

Unter Bezugnahme auf § 5 des Regulativs zur Ordnung des Geschäftsganges und des Verfahrens bei den Kreisausschüssen vom 28. Februar 1894 und 4. April 1888 bringe ich hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen die Ferien des Kreisausschusses vom 21. Juli bis 1. September 1932 dauern.

Termine zur mündlichen Verhandlung werden während der Ferien nur in eiligen Sachen abgehalten. Auf den Lauf der gesetzlichen Fristen bleiben die Ferien ohne Einfluß.

Opladen, den 5. Juli 1932.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses des Rhein-Wupper-Kreises
Trimborn.

Den politischen Verhetzungen und den Lügen der anderen halten wir entgegen den Aufbauwillen der NSDAP!

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist als einzige politische Bewegung durch ihren Aufbauwillen und ihre straffe Organisation in der Lage, praktische Vorschläge zur Behebung der Notlage zu machen und durchzuführen. Arbeit und Brot durch das Nat.-Soz. Sofort-Programm.

Arbeitsbeschaffung

Über dieses Thema spricht am **Freitag, den 8. Juli, abends 8.30 Uhr, in der Schützenburg**

Pg. Willy Börger M. d. R.

Ab 7 Uhr marschiert S.-A. und demonstriert gegen den roten Terror und die Notverordnungen der Papen-Regierung.

Von 7.30 bis 8.30 Uhr **Militärmärsche der Solinger S.-A.-Kapelle in der Schützenburg.**

Unkostenbeitrag 30 Pfg. Erwerbslose 15 Pfg.

NSDAP, Ortsgr. Burscheid.

DER MODERNE EINKAUF:

Clangor:

Die Schallplatte des Musikgebildeten!

Elektrisch aufgenommen
Doppelseitig spielbar
Schwerzerbrechlich

I. Meister der Musik:
(Große Oper, Konzert, Kammermusik, Gesang- und Instrumentalsoli, Historische Märsche, Klassische Operette)
25-cm-Platte jetzt **1.60** RM
30-cm-Platte jetzt **2.40** RM
zuzüglich Porto

II. Tanz-, Tonfilm- und Unterhaltungsmusik
25-cm-Platte jetzt **1.40** RM
zuzüglich Porto

Tonvollendete Aufnahmen Weltruf genießender Künstler und Kapellen!

Plattenverzeichnis kostenlos und unverbindlich!

Schallplatten-Volksverband
CLANGOR-SCHALLPLATTEN G. M. B. H.
Berlin - Charlottenburg 2
Berliner Straße 41-43

DIREKT VON DER FABRIK!

Zum Sehen geboren · Zum Schauen bestellt

3 *der schönsten und gediegensten deutschen illustrierten Zeitschriften vereinigt in* **1**

Reichster Inhalt
*
Ueber 100 Seiten Umfang
*
Viele Bilder
*
Farbenprächtige Kunstblätter
*
Preis nur **1.50**



Ein Jahrgang bringt eine ganze Bücherei und Bildersammlung: 3 bis 4 Romane, über 200 wertvolle Aufsätze und Schilderungen aus allen Gebieten, viele Bilder und farbenprächtige Kunstblätter

Es gibt keine andere deutsche Zeitschrift von dieser Eigenart, die für den beispiellos billigen Preis von nur M. 1.50 monatl. so Außergewöhnliches bietet!

Gutschein

An den Verlag Heinrich Beenken Berlin SW 19

Bitte senden Sie mir kostenlos ein „Türmer"-Probeheft. 30 Pfennig für Porto füge ich bei.

Bestellschein

An die Buchhandlung

Ich bitte mir die schöne Zeitschrift „Der Türmer" zum monatlichen Preis von M. 1.50 zu liefern.

Ort und Datum: _____

Name: _____

Vertreter gesucht!

Eine Freude für das deutsche Haus!

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Nr. 157 — 2. Blatt — Donnerstag, 7. Juli 1932

Gesundheitspflege im Juli

Wenn im Juli die Sonne mit sengendem Strahl auf uns herniederbrennt, dann wünschen wir uns wohl alle mit Recht vor allem einen möglichst kühlen Wohn- und Arbeitsraum. Wie macht man das nun? Höchst einfach! Indem man tagsüber die Fenster fest geschlossen hält und sie durch Vorhänge, Jalousien und dergleichen verdunkelt. Nur des Morgens, am Abend und in der Nacht muß ausgiebig gelüftet werden. Ganz besonders bedürfen die Schlafräume im Juli der Kühlhaltung. Wer körperlich gesund ist, sollte überhaupt bei offenem Fenster schlafen. Das gilt für Erwachsene wie für Kinder. Nur beim Säugling sei man damit etwas vorsichtig, obwohl der Säugling unter der Hitze im Sommer oft besonders schwer zu leiden hat.

Wie töricht ist es, so ein armes Würmchen in der heißen Jahreszeit im Bett oder im Kinderwagen mit dicken Federbetten zuzudecken. Manche sommerliche Erkrankung des Säuglings, mancher Hautausschlag verdankt nur solchem Unverstand seine Entstehung. Leicht gebettet und leicht bekleidet soll der Säugling im Sommer sein. Auch die Behandlung seiner Nahrung, der Milch, wird dem Säugling im Sommer nicht selten verderblich. Sofortiges Abkochen der Milch und dauerndes Kühlhalten wird hier weitgehenden Schutz gewähren. Natürlich muß auch durch Zudecken aller Gefäße den Fliegen der Zutritt zur Milch wie zu allen, den Menschen zur Nahrung dienenden Speisen und Getränken gewehrt werden.

Im Juli spielt das Trinken naturgemäß überhaupt eine große Rolle. Allein je mehr man trinkt, umso mehr schwitzt man. Darum sei auch hier vor allem Mäßigkeit in der Flüssigkeitsaufnahme empfohlen. Am besten und billigsten löscht man mit Wasser seinen Durst, doch gilt es besonders im Juli, d. h. in der Reisezeit und auf Touren, zu beachten, daß man nur Wasser einwandfreier Herkunft nicht zu schnell und nicht in gar zu erhitztem Körperzustande zu sich nimmt. Schließlich sei noch auf die Unsitte aufmerksam gemacht, deren sich Kinder und Erwachsene häufig schuldig machen. Sie pflücken nämlich allerlei Blumen, Beeren und Gräser ab und stecken diese dann meist spielerisch in den Mund. Diese Unsitte muß unbedingt unterbleiben, da Vergiftungen oder sonstige Erkrankungen die Folge sein können.

Schwerer Verkehrsunfall in Pattscheid

Am gestrigen Abend gegen 8,30 Uhr ereignete sich in Pattscheid gegenüber der Wirtschaft Hollweg ein schweres Verkehrsunglück, dem leider zwei Menschenleben zum Opfer fielen. Damen des Opladener Frauenvereins passierten die Straße und wurden von einem aus Richtung Burscheid kommenden Auto überholt. Ein Motorradfahrer aus Wiesdorf nebst Sozusfahrer versuchten den überholenden Kraftwagen ebenfalls zu überholen, was jedoch nicht gelang. Es kam zu einem Zusammenstoß zwischen den beiden Fahrzeugen und die beiden Motorradfahrer wurden auf die Straße geschleudert, wo sie mit schweren Schädelverletzungen tot liegen blieben. Motorrad und Auto wurden wenig beschädigt.

*

Die Polizeiverwaltung Bergisch Neukirchen teilt uns gegen 11 Uhr am heutigen Mittag auf unsere Anfrage zu dem schweren Verkehrsunfall folgendes mit:

Der von Burscheid kommende Kraftwagen überholte in Pattscheid gegenüber der Wirtschaft Hollweg eine Damengesellschaft, die teilweise auf der Fahrbahn ging. Als der Wagen die Gesellschaft überholt hatte und er nach rechts bog, kam von Opladen ein mit zwei Personen besetztes Motorrad und wollte an dem Auto vorbei. Dieses Vorhaben gelang dem Führer des Motorrades nicht und das Motorrad fuhr in die linke Seite zwischen Vorderrad und Führersitz des Kraftwagens. Der Motorradfahrer und der Sozius wurden durch den Anprall von ihrem Sitz geschleudert und schlugen gegen die Scheibe und die Kanten des Wagens. Durch den starken Aufprall wurden den Beiden die Schädeldecke zertrümmert, die den sofortigen Tod zur Folge hatte. Bei den verunglückten Motorradfahrern handelt es sich um die 21jährigen Arbeiter Johann Kühn und Johann Max Herbert Schuhmacher aus Leverkusen.

Die Schuldfrage ist noch nicht endgültig geklärt. Nach Zeugenaussagen soll jedoch den Motorradfahrer die Schuld treffen, da noch genügend Platz auf der Fahrbahn zum Ueberholen war.

Aus der Heimat

Hohes Alter!

Am heutigen Donnerstag, den 7. Juli, wird Herr Ernst Schmitz in Kaltenherberg 80 Jahre alt. Das Geburtstagskind erfreut sich noch leidlicher Gesundheit und geistiger Frische.

Auch wir entbieten dem Geburtstagskind recht herzliche Glückwünsche!

Geheimrat Lucas 70 Jahre alt

Der frühere Landrat des Landkreises Solingen, Geheimrat Lucas, konnte am gestrigen Mittwoch seinen 70. Geburtstag feiern. Geheimrat Lucas stand 27 Jahre an der Spitze des Landkreises. Seine Verdienste um die Kreisangelegenheiten sind so bekannt, daß sie auch späteren Generationen noch als Vorbild gelten können. Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt siedelte er sich in Bonn an, von wo er oft den Weg in seinen alten Wirkungsbereich fand.

Neuer Wirt

Die Lokalitäten des „Hotel zur Post" (früher Melcher) in der Hauptstraße sind von Herrn Otto Stoßberg und Frau Gemahlin übernommen worden. Der neue Wirt kommt mit besten Empfehlungen nach Burscheid, gehörte ihm doch bisher das Hotel Drosten in Bergisch Born. Augenblicklich ist man noch mit dem Renovieren der Räume, die einem vorzüglichen Geschmack Rechnung tragen, beschäftigt. Was vor allem gut tut, ist die Erneuerung und Verbesserung der Toilettenverhältnisse in diesem Hause. Als erfahrenen Fachleuten ist es den Uebernehmenden größtes Bestreben, die Gäste in jeder Weise zufrieden zu stellen.

Wir verweisen schon heute auf die Empfehlungsanzeige in morgiger Ausgabe.

Versammlung der NSDAP

Ueber das Thema „Arbeitsbeschaffung" spricht am morgigen Freitag, den 8. Juli, abends 8,30 Uhr, in der Schützenburg in einer Wahlversammlung der NSDAP Pg. Willy Börger MdR. „Ab 7 Uhr" — so heißt es in der betr. Anzeige in vorliegender Ausgabe — „marschiert SA und demonstriert gegen den roten Terror und die Notverordnungen der Papen-Regierung". Von 7,30 bis 8,30 Uhr gibt die Solinger SA-Kapelle Militärmärsche in der Schützenburg zum besten. Der Unkostenbeitrag ist 30 Pfg., für Erwerbslose 15 Pfg.

Aus dem Brieftauben-Sport

Der Nationalwettflug St. Pölten bei Wien = 700 Klm. Luftlinienentfernung brachte dem hiesigen Brieftauben-Züchter-Verein einen großartigen Erfolg.

Die Konkurrenz ist bei den Nationalwettflügen, deren es im Jahre nur zwei gibt, außerordentlich stark. Diesmal konkurrierten 3344 Tauben von schätzungsweise 250 Vereinen, die sich über einen großen Bezirk, begrenzt von Koblenz, Siegen, Gummersbach, Mülheim-Ruhr und Dinslaken verteilten.

Der hiesige Verein beteiligte sich mit sechs Tieren und errang hiermit von allen Vereinen die höchste Quote mit vier Preisen.

Nochmals die diesjährigen Ferienzüge

Die Reichsbahndirektion Wuppertal hat auf ihren Bahnhöfen Wandfahrpläne aushängen lassen, in denen die diesjährigen Ferienzüge, nach den verschiedenen Richtungen geordnet, aufgeführt sind und in denen auf die Vorteile der Benutzung solcher Züge hingewiesen wird. In diesem Jahre sind Ferienzüge vorgesehen nach Süddeutschland, der Nord- und Ostsee, dem Harz, Sachsen, Thüringen, Schlesien, und Ostpreußen. Als besondere Vorteile für die Benutzung der Ferienzüge seien folgende erwähnt:

1. Schnellzugmäßige Fahrt in günstiger Zeitlage für Abfahrt und Ankunft ohne Zahlung von Schnell- und Eilzugzuschlag. Die Fahrtdauer ist gegen den vorjährigen Fahrplan meist um Stunden kürzer geworden. Für die Züge werden fast ausnahmslos vierachsige Abteilwagen gestellt.
2. Kein Umsteigen bis zur Zielstation.
3. Sicherung eines Sitzplatzes je nach Wahl in einem bestimmten Raucher- oder Nichtraucher-Abteil durch kostenlose Ausgabe von Platzkarten.
4. Sicherung der Zusammenfahrt von Familien und Gesellschaften in einem bestimmten Raucher- oder Nichtraucher-Abteil durch kostenlose Abgabe von Platzkarten.
5. Bereithaltung ganzer Abteile schon für Gesellschaften von sechs Personen.
6. Die Feriensonderzüge dürfen auf Feriensonderzugkarte oder Sommerurlaubskarte benutzt werden, jedoch nur, wenn der Reisende auch eine Platzkarte für den Feriensonderzug hat, die kostenlos am Fahrkartenschalter zu haben ist.

Weitere Angaben über die Fahrpreise usw. können bei den Auskunftsstellen erfragt werden und sind auch aus dem bei den Fahrkartenausgaben für 20 Rpf. erhältlichen Heftchen „Ferienssonderzüge 1932" zu ersehen.

Vorausbestellung von Platzkarten auch von Unterwegsstationen

Bisher wurden Platzkarten für bestimmte Sitzplätze in den Zügen nur an Reisende ausgegeben, die Fahrkarten für einen Zug von dessen Abgangsbahnhof besaßen oder bestellten. Die bestellten Plätze mußten auf dem Abgangsbahnhof des Zuges eingenommen werden, sofern der Reisende nicht den Anspruch auf den Platz verlieren wollte. Nach einer Mitteilung der Pressestelle der Reichsbahndirektion Wuppertal können Platzkarten neuerdings auch von Unterwegsstationen aus vorausbestellt werden. Da es sich bei diesem neuen Verfahren um einen Versuch handelt, sind im Bezirk der Reichsbahndirektion Wuppertal erst einige größere Bahnhöfe in das Versuchsverfahren einbezogen woden und zwar

bei D 258 Hagen — München die Unterwegsbahnhöfe Wuppertal-Barmen (ab 9,14 Uhr), Wuppertal-Elberfeld (ab 9,22 Uhr), Wuppertal-Vohwinkel (ab 9,29 Uhr), Solingen-Ohligs (ab 9,41 Uhr) und Opladen (ab 9,52 Uhr),

bei D 370 Wuppertal-Oberbarmen — München die Unterwegsbahnhöfe Wuppertal-Barmen (ab 8,06), Wuppertal-Elberfeld (ab 8,13) und Solingen-Ohligs (ab 8,29),

bei D 325/FD 225 Wuppertal-Elberfeld — Berlin/Altona (Kurswagen Düsseldorf—Berlin) die Unterwegsbahnhöfe Wuppertal-Elberfeld (ab 17,40) und Hagen Hbf. (ab 18,04),

FD 21 Köln — Berlin der Unterwegsbahnhof Düsseldorf Hbf. (ab 11,45).

Für die Vorausbestellung von Platzkarten, die von den Fahrkartenausgaben der vorgenannten Bahnhöfe und den am Orte befindlichen MER Stellen vermittelt werden, zur Benutzung der Züge ab Unterwegsbahnhöfen wird das für die Platzbestellung ab Zugangsbahnhof bisher geltende Verfahren angewendet. Danach kann der Reisende die Plätze frühestens drei Tage vor dem Reisetag bestellen. Die Frist für die Vorausbestellung endet für D 258 um 18 Uhr am Vortage, für D 370 um 17 Uhr am Vortage, für D 325/FD 225 um 10 Uhr am Reisetage, für FD 21 um 18 Uhr am Vortage.

Verkürzte Arbeit verkürzter Urlaub

Das Reichsarbeitsgericht hat in einem Urteil vom 9. März 1932 erneut betont, daß ein Angestellter im Falle von Kurzarbeit einen Urlaub nur in dem Maße beanspruchen kann, in dem die Arbeit gestreckt worden ist. Auch wenn in dem in Betracht kommenden Tarifvertrag ausdrücklich vermerkt ist, es müsse für jeden Tag des Urlaubs ein bestimmter Bruchteil des Wochendurchschnittslohnes bezahlt werden, so muß doch mit der Kürzung der Arbeit auch eine Kürzung des Urlaubs bezw. der Urlaubsvergütung einhergehen.

Der Kurszettel der Hausfrau

Versteigerungsbericht der Kreis- Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaft Opladen vom 6. Juli

Frühkartoffeln 3,2—4; Frühkartoffeln kleine 2—3; Sommerspinat 1,5—1,7; Maiwirsing 0,80 bis 2,30; Spitzkohl 2—3,90; Strauchbohnen 32; Erbsen 8,1—13,9; Dicke Bohnen 4—5,6; Salaterbsen 13,2—19; Rübstiel 2,4—2,7; Stachelbeeren 20; Kirschen 25; Erdbeeren 24 pro 100 Pfd.; Möhren 3,3—5,2 pro 100 Bund; Porree 2,90—3,50; Blumenkohl I 16—22; Blumenkohl II 11,7—14; Kopfsalat I 2,2—4,8; Kopfsalat II 0.6—1,1; Treibhausgurken I 11,5—18,7; Kohlrabie blau 2—4,1 pro 100 Stück; Petersilie 2,1—2,6 pro 100 Bund; Weißkohl 3,6—4,6; Wollbohnen 33; Johannisbeeren 20—21; Tomaten 24—26; Rhabarber 2,8—3,2 pro 100 Pfd.; Suppenhühner 0,54—0,57 pro Pfd.

Tendenz: Anfuhr gut, Nachfrage gut.

Versteigerungen: Montag, Mittwoch u. Freitag.

Arbeitsmarktbericht

für die Zeit vom 16.—30. Juni

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger beträgt 3995 (Alu 1805, Kru 2190) Personen, darunter 663 weibliche gegen 3931 (Alu 1681, Kru 2250) am Schluß des Vormonats, wobei 740 weibliche gezählt waren. Wohlfahrtsempfänger wurden 4184 gezählt, gegen 3941 Ende Mai. An Notstandsarbeiten sind 220 Leute beschäftigt. Arbeitsuchend 7575 Personen. Die allgemeine Arbeitsmarktlage weist keine besonderen Veränderungen auf. Es ist damit zu rechnen, daß der Quartalswechsel einen starken Zugang an Angestellten aus den verschiedenen Branchen bringt. Ebenfalls dürfte mit der Entlassung einer größeren Zahl älterer Arbeiter in den Ruhestand zu rechnen sein. Es steht zu hoffen, daß dadurch Arbeitsplätze für jüngere Kräfte frei werden. Den stärksten Abgang verzeichnet trotz der schlechten Lage immer noch das Baugewerbe.

Im Baugewerbe ist nach wie vor ein starker Wechsel infolge der meist kurzfristigen Beschäftigung. Die Einschaltung einer zweiten Schicht bei den Notstandsarbeiten an der Autostraße gab Arbeitsmöglichkeit für eine größere Zahl von Leuten. Die Ueberführung an der Wupper wird in Angriff genommen, wodurch Betonfacharbeiter benötigt werden. Die Herstellung der Straßendecken an der Straße Bergisch Neukirchen — Leichlingen machte die Einstellung einer Anzahl Notstandsarbeiter erforderlich.

Aus der Metallindustrie in Burscheid wurden zum 1. Juli 1932 acht Angestellte entlassen.

Personenstandsbewegung im Juni

Am 1. Juni hatte die Stadtgemeinde Burscheid 7863 Einwohner. Im Laufe des Monats meldeten sich 57 Personen ab und 40 Personen an, sodaß die Einwohnerzahl der Stadtgemeinde am 1. Juli 1932 7846 Personen betrug.

Das „Kritiksingen" des Westdeutschen Chorverbandes

Der Westdeutsche Chorverband veranstaltet am vorletzten Samstag und Sonntag im Juli sein erstes großes Bundesfest. Ursprünglich sollte es acht Tage später stattfinden. Eine Verlegung erschien aber im Hinblick auf die zu diesem Termin stattfindenden Reichstagswahlen angezeigt. Die rund 45 Vereine, die gemeldet haben, singen je ein Volkslied und einen Chor nach Wahl, der von dem Richter begutachtet wird. (Der bekannte Komponist und Chorleiter Ludwig Baumann-Karlsruhe ist hierfür vorgesehen). Eine ausführliche Kritik wird den Chören nach dem Fest schriftlich überreicht. Eine Verteilung von Zensuren oder Preisen erfolgt also nicht. Lediglich ein Diplom als Anerkennung und Erinnerungsgabe wird ihnen verliehen. Mißhelligkeiten oder gar offene Streitigkeiten sind danach ausgeschlossen.

Gesungen wird in drei Abteilungen, am Samstagabend, Sonntagmorgen und Sonntagnachmittag. Als Konzertsaal wurde die Stadtparkhalle in Remscheid gewählt, der größte und geeignetste Saal in Remscheid.

Der Schlachtsteuertarif ist auszuhängen

Nach den inzwischen in Kraft getretenen neuen Bestimmungen muß in den Fleischverkaufsstellen, das sind Metzgereien und auch Lebensmittelhandlungen, die Fleischwaren führen, ein Schlachtsteuertarif aushängen. Von dieser Verpflichtung kann niemand entbunden werden. Die einschlägigen Geschäfte tun daher gut, sich unverzüglich in den Besitz der bezeichneten Aushänge zu setzen.

Neufestsetzung der Unterstützungssätze für Kurzarbeiter

Aufgrund der Notverordnung vom 14. Juni 1932 hat der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung im Auftrage des Reichsarbeitsministers die Unterstützungssätze für Kurzarbeiter neue festgesetzt. Die Höhe der Kurzarbeiterunterstützung sind den neuen Sätzen in der Arbeitslosenunterstützung angepaßt worden, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Einrichtung der Kurzarbeit auch weiterhin zur Vermeidung von Entlassungen nach Möglichkeit gefördert werden soll. Die neuen Sätze treten zum ersten Male für die Woche vom 4.—9. Juli in Kraft. Die Zahl der Kurzarbeiter betrug in der Woche vom 23.—28. Mai 1932 rund 273 000, im Höhepunkt des Winters vom 25.—30. Januar 1932 rund 328 000.

Am 6. August Eröffnung der Autostraße

Die beteiligten Stellen sind, wie wir erfahren, dahin übereingekommen, die feierliche Eröffnung der neuen Autostraße Köln—Bonn endgültig auf den 6. August festzusetzen.

Jugendfahrt mit der Reichsbahn

Um die Fahrten Jugendlicher in kleinen Gruppen zu erleichtern, hat bekanntlich die deutsche Reichsbahn in diesem Jahre die Pflichtteilnehmerzahl von 10 auf 6 herabgesetzt. Diese Erleichterung wird aber nur den Jugendlichen unter 20 Jahren gewährt, wenn sie Vereinen angehören, die Jugendpflege treiben und für diese Tätigkeit von der Regierung anerkannt sind. Die Bestimmung über die Fahrpreisermäßigung bei Schulfahrten sind bisher nicht geändert worden. Danach müssen bei Schulfahrten nach wie vor 10 Schüler an der Fahrt teilnehmen oder es muß eine gleich große Zahl Fahrkarten gelöst werden.

In letzter Zeit ist wiederholt beobachtet worden, daß bei den Veranstaltern von Jugendfahrten die Bestimmungen über die Fahrpreisermäßigungen nicht genügend bekannt sind. Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Wuppertal verweist daher auf die von der Deutschen Reichsbahn herausgegebenen illustrierten Werbeheftchen „Fahr mit!" — „Mit der Reichsbahn raus aus dem Alltag!" In humoristischer Form wird in diesen Heftchen auf die Fahrpreisermäßigungen der Reichsbahn bei Sonntagsrückfahrkarten, Gesellschaftsfahrten, Gesellschaftssonderzügen, Schulfahrten und Jugendpflegefahrten hingewiesen. Die Heftchen werden bei allen Fahrkartenausgaben kostenlos abgegeben. Sie sollten jedem Wanderer ein angenehmer Reisebegleiter sein.

Kommt der ersehnte Regen?

Wieder warten wir hier im Bergischen schon seit Wochen auf Regen! Die ganze Natur ist wie ausgedörrt. Garten und Feld lechzen nach einer Erquickung. Die höher gelegenen Weiden und Felder sind schon am „braten", wie man hierzulande sagt. Der Graswuchs hat nach dem Abernten des ersten Schnittes kaum merklich eingesetzt. Wenn die Trockenheit noch länger anhält, wird sicher Futtermangel entstehen. Einige Landwirte sind schon, der Not gehorchend, dazu übergegangen, das eben geerntete Heu wieder zu verfüttern!

Seit gestern ist nun der Himmel mit schweren Wolken verhangen und es hat auch schon etwas geregnet. Hoffentlich bleibt es nicht dabei, denn einige Regentage sind nötig, um der Natur einen neuen Auftrieb zu geben.

Der VWA zur Sozial- und Wirtschaftspolitik

Dem Reichskanzler von Papen hat der Vorstand der weiblichen Handels- und Büroangestellten e. V. in einem Telegramm die Wünsche zu den wichtigsten Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik unterbreitet. Unter Ablehnung der Beschäftigungssteuer wird auf die Notwendigkeit des Umbaues der Krisensteuer unter Erfassung aller Einkommen hingewiesen, um die Finanzierung der Arbeitslosenhilfe sicherzustellen. Eine weitere Differenzierung der Arbeitslosen-Unterstützung zu ungunsten der Ledigen wird abgelehnt. Die Durchführung eines großzügigen Siedlungswerkes, auch um für die Zukunft der jungen Generation zu sorgen, wird für notwendig gehalten. Die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Angestelltenversicherung, Gestaltung der Leistungen und Beiträge nach den Erfordernissen dieser Sonderversicherung und Ausbau der Selbstverwaltung wird gefordert, ebenso die Aufrechterhaltung der Tarifverträge, des Schlichtungswesens und der Verbindlichkeitserklärung.

Wichtig für Mitglieder einer Genossenschaft

Nach den genossenschaftrechtlichen Bestimmungen gilt das Ausscheiden den Genossen aus einer Genossenschaft als nicht erfolgt, wenn die Genossenschaft binnen sechs Monaten nach dem Ausscheiden aufgelöst wird. Der Genosse kann in diesem Falle, soweit die Konkursgläubiger bei der Schlußverteilung nicht befriedigt werden, im Nachschußverfahren herangezogen werden.

Keine Aussichten für deutsche Hausangestellte in Holland

Von der holländischen Grenze wird uns geschrieben:

„Der Zuzug von arbeitsuchenden Hausangestellten aus Deutschland nach den Niederlanden hat in den letzten Wochen einen bedenklichen Umfang angenommen. Da selbst die seit längerer Zeit in Holland tätigen Hausangestellten infolge der wirtschaftlichen Krise stark abgebaut werden und nur schwer unter bedeutend ungünstigeren Bedingungenn andere Stellungen finden, besteht für neueintreffende, oft ungenügend geschulte Kräfte augenblicklich so gut wie keine Aussicht, hier noch unterzukommen. Die geringsten Barmittel, die sie mit sich führen, sind nach kurzer Zeit verbraucht, so daß sie dann, da die deutschen Wohlfahrtseinrichtungen durch die ständig wachsende Not der bereits im Lande befindlichen Personen schon derart in Anspruch genommen sind, daß sie den neu Hinzukommenden wirksame Hilfe nicht mehr leisten können, fast stets als lästige Ausländer von den niederländischen Polizeibehörden abgeschoben werden. Besondere Gefahr besteht für jugendliche weibliche Angestellte, deren Zahl unverhältnismäßig groß geworden ist. Vor der Auswanderung nach den Niederlanden wird daher dringend gewarnt".

Anpassung der Vermögenssteuer an die veränderten Vermögensverhältnisse

Bei Bekanntwerden der Absichten des Reichsfinanzministers, von der ihm durch die 4. Notverordnung erteilten Ermächtigung zur Anpassung der Vermögenssteuer an die veränderten Vermögenswerte vom 1. April ds. Js. ab Gebrauch zu machen, hatte der Reichsverband des deutschen Handwerks in einer Eingabe den Minister gebeten, den Fällen, in denen durch Vermögensverminderung die Vermögenssteuerfreigrenze erreicht wird, durch eine Anweisung an die Finanzämter Rechnung zu tragen, da gemäß § 131 der Reichsabgabenordnung der Reichsminister der Finanzen Reichssteuern, deren Einziehung unbillig wäre, ganz oder zum Teil erlassen kann. Der Erlaß vom 13. Mai ds. Js. trägt jedoch diesem Antrag keine Rechnung. Nach § 2 Abs. 1 der Verordnung über die Anpassung der Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer an die seit dem 1. Januar 1931 eingetretenen Wertrückgänge sind Neufeststellungen auf den 1. Januar 1932 sowie Neuveranlagungen zur Vermögenssteuer auf diesen Zeitpunkt ausgeschlossen. Vermögenssteuerpflichtige, deren Vermögen nach dem Stand vom 1. Januar 1932 unter die Vermögenssteuerfreigrenze gesunken sind, müssen auch für 1932 Vermögenssteuer weiter bezahlen. Nach Lage der Dinge kann den Betreffenden nur auf dem Billigkeitswege geholfen werden. Der Reichsverband des deutschen Handwerks ist daher jetzt erneut beim Reichsfinanzminister vorstellig geworden und hat seinen eingangs erwähnten Antrag wiederholt.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Dem nassen Tod entrissen

Leverkusen, 7. Juli. Am Montagnachmittag badeten drei Wanderburschen etwa an der Stelle, wo früher die Schwimmbadeanstalt gestanden hat, im Rhein. Einer von ihnen wagte sich zu weit in den Strom hinaus und verschwand in den Wellen. Zum Glück war gleich Hilfe zur Stelle, die den bereits bewußtlosen ans Land brachte. Die Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg begleitet.

Einbruch in das Büro der Baugenossenschaft

Leverkusen, 7. Juli. In der vorvergangenen Nacht wurden zwei Burschen von der Polizeipatrouille überrascht, wie sie in das Büro der Baugenossenschaft in der Damaschkestraße einzubrechen versuchten. Das Fenstergitter hatten sie bereits ausgehoben und auch das Mauerwerk aufgerissen. Die Polizei mußte gegen die flüchtenden Einbrecher von der Schußwaffe Gebrauch machen, bis es ihr gelang, sie zu stellen.

Ermittelte Einbrecher

Leverkusen, 7. Juli. In der Nacht zum 13. Januar wurden aus den Räumen der Mädchenberufsschule für ungefähr 300 Mark Stoffe, Wäschestücke und Kleider, die z. T. von den Schülerinnen der Schule angefertigt worden waren, durch Einbruch gestohlen. Als Täter wurden jetzt von der Kriminalpolizei zwei Erwerbslose von hier ermittelt und festgenommen.

Der Konkurs der Baugenossenschaft

Leverkusen, 7. Juli. Wie wir bereits mitteilten, war die Beschwerde der Baugenossenschaft gegen die Eröffnung des Konkurs-Verfahrens abgelehnt worden. In einem Schreiben ist der Baugenossenschaft jetzt vom Düsseldorfer Landesgericht von der Ablehnung Mitteilung gemacht worden.

Jugendliche Ausreißer gefaßt

Langenfeld, 7. Juli. Auf der Landstraße aufgegriffen wurden vier Jugendliche, die ihren Eltern ausgerückt waren, um in der Fremde das Glück zu suchen. Zwei sind von den Eltern auf telefonische Benachrichtigung hin abgeholt worden. Einer, der aus Berlin stammt, harrt noch der Verfügung der zuständigen Behörde. Der vierte mußte wegen Landstreicherei und Bettelei dem Amtsgericht übergeben werden.

Regelung des „wilden" Badebetriebs?

Baumberg, 7. Juli. Um dem wilden Badeleben ein Ende zu bereiten, hat sich in der vergangenen Woche eine Regierungskommission mit einem Motorboot auf die Reise gemacht und die Bürgermeister der Ufergemeinden mit hinzugezogen. Es scheint vor allen Dingen geplant zu sein, das Baden an weiteren Stromstreden zu verbieten, insbesondere da, wo gefährliche Stellen im Wasserlaufe sich befinden, wie z. B. unterhalb Baumbergs, wo in den letzten Jahren mehrere Menschen ertrunken sind. Ob es in diesem Jahre noch zu den geplanten Maßnahmen kommt, ist zweifelhaft, nachdem die „Saison" schon so weit vorgeschritten ist.

Die Autostraße bei Opladen

Der Teil der Autostraße Köln—Düsseldorf, der Opladen umgeht, wird wohl im Frühjahr 1933 fertig sein. 120 Arbeiter sind zurzeit hier beschäftigt. Zuerst wird das hier begonnene Stück fertiggestellt werden, bevor man auf der anderen Seite der Provinzialstraße mit den Arbeiten weiter geht. Klar und übersichtlich liegt schon der Abschnitt der neuen Straße, der im Reuschenberger Wald durch Felsadern gesprengt werden muß. Das hier anfallende Gestein wird an die Wupper gebracht, wo die Straße hochgelegt und über die Wupper hinweggehen wird. Auf der anderen Seite der Wupper sind die Arbeiten an zwei Fußgängertunnels so gut wie fertig.

Die beiden Ufer der Wupper wird eine neue Brücke verbinden, wofür die Vorarbeiten schon im Gange sind. Für die Arbeiten, die im Wege der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge mithilfe von Notstandsarbeiten ausgeführt werden, hat die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bereits 60 000 Arbeitslosentagewerke bewilligt. Die etwa 90 Meter lange Eisenbetonbrücke wird aus drei Bögen bestehen. Von dem 16 Meter breiten Straßenplanum entfallen 12 Meter auf die Fahrbahn. Vor Eintritt des Hochwassers soll die Brücke fertig sein. Mit dem Bau der Brücke werden auch größere Eindeichungsarbeiten an der Wupper verbunden, damit das umliegende Gelände zu Hochwasserzeiten nicht wieder überflutet wird.

An der Provinzialstraße zwischen Opladen und Küppersteg wird der sogenannte „Autobahnhof" liegen. Zwei breite Auffahrten führen als vorläufige Lösung zur Köln-Düsseldorfer Straße. Inseln sind angelegt, Grünanlagen abgesteckt, Gartenerde angefahren. Diese kleine Anlage zwischen den aufsteigenden Straßen soll mit weißem Kies bestreut werden.

Ein anderes Bild zeigt sich im Reuschenberger Wald, wo die Dampfwalze auf der fast fertigen breiten Straße arbeitet. Bis weit in den Wald hinein ist die Böschung schon mit Grasbelag bedeckt. Kanalisierungsgräben sind bereits gezogen.

An der Wupper endet die hochgelegte Autostraße plötzlich. Eine Notbrücke führt zum anderen Ufer, wo die Fortsetzung der Straße deutlich zu erkennen ist. Hier wird auch die neue Brücke über die Wupper führen.

Aus der näheren Umgebung

Remscheid

Zwischen die Puffer geraten

In der Wagenreparaturwerkstätte des Lenneper Bahnhofes geriet der Schlosser Hermann N. aus der Remscheider Straße beim Rangieren zwischen die Puffer zweier Eisenbahnwagen und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er nach der Einlieferung in das Lenneper Krankenhaus verstarb.

Wuppertal

Freispruch in einem Prozeß gegen den Abgeordneten Florian

Aus Wuppertal wird gemeldet: Der Prozeß gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Florian wegen seiner im Januar 1931 getanen Aeußerung: „Das Novembersystem ist aus Lüge und Verrat zusammengesetzt" ist jetzt entschieden worden. Florian erhielt zuerst wegen dieser Aeußerung zwei Monate Gefängnis durch Strafbefehl; das Schöffengericht hatte die Strafe auf sechs Wochen ermäßigt. Die Große Strafkammer Wuppertal sprach Florian am Dienstag frei. In der Urteilsbegründung wird gesagt, in diesen und anderen ähnlichen Aeußerungen könne nicht ohne weiteres eine Verächtlichmachung der Staatsform gesehen werden. Der Ausdruck „Lüge und Verrat" sei auf die handelnden Personen gemünzt gewesen und könne deshalb nicht die Staatsform beleidigen.

Oberbergisches

Tödlicher Unglüsfall

Gestern nachmittag gegen 4 Uhr ereignete sich auf der Provinzialstraße Overath-Clef an der Abzweigung des Weges nach Burghof ein schwerer Autounfall. Ein Lieferwagen kreuzte mit einem Personenwagen an dieser Stelle. An dem Lieferwagen, der auf Clef zu fuhr, wollte sich ein 14jähriger Schüler anhängen. In diesem Augenblick wurde er von dem linken Vorderrad des entgegenkommenden Autos erfaßt und zu Boden geschleudert. Seine Verletzungen waren so schwer, daß er noch auf der Fahrt zum Krankenhause Engelskirchen verstorben ist. Es handelt sich um einen Schüler H. Lengler aus Bergneustadt, der sich auf einem Schulausflug befand.

Köln

Nun doch Deutsches Theater am Rhein?

Das städtische Presseamt teilt mit: Zwischen der Düsseldorfer Schauspielhaus GmbH und dem Kölner Schauspielhaus schweben erneut Verhandlungen mit dem Ziel, die Tradition des Düsseldorfer Schauspielhauses lebendig zu erhalten und das Deutsche Theater am Rhein zu verwirklichen. Wenn auch formell die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, so ist doch bereits eine Einigung in allen entscheidenden Punkten erfolgt, sodaß mit dem Abschluß diesesmal mit Bestimmtheit gerechnet werden kann. In der kommenden Spielzeit werden 100 Aufführungen im Düsseldorfer Schauspielhaus veranstaltet. Die wesentlichen Kräfte des bisherigen Düsseldorfer Schauspiels, u. a. Hanni Hößrich, Annemarie Jürgens, Susanne Engelhart, Corneli Gebühr, Franz Everth, Dr. Peter Esser, sind bereits für die kommende Spielzeit verpflichtet. Generalintendant Lindemann stellt seine künstlerische Kraft in den Dienst des Unternehmens. In der kommenden Woche wird für die Aufführungen im Düsseldorfer Schauspielhaus ein Abonnement aufgelegt.

Leipziger Einbrecher in Köln festgenommen

In der vergangenen Nacht wurden zwei Brüder aus Mügeln im Kreis Leipzig in einem hiesigen Vergnügungslokal, wo sie sich durch größere Geldausgaben verdächtig gemacht hatten, festgenommen. Bei der Polizei stellte sich heraus, daß sie vor zwei Tagen in Mügeln einen Einbruch verübt hatten, bei dem sie eine große Summe erbeuteten. In ihrem Besitz waren noch 3140 Mark. U. a. hatten sich die Täter von Kopf bis Fuß neu eingekleidet.

Verbot der „Kölnischen Volkszeitung" vom 7. bis 9. Juli

Die Pressestelle des Oberpräsidiums in Koblenz teilt mit: Nachdem der 4. Strafsenat des Reichsgerichtes durch Beschluß vom 5. Juli das vom Herrn Reichsminister des Innern geforderte fünftägige Verbot der „Kölnischen Volkszeitung" in einem Umfange von drei Verbotstagen für zulässig erklärt hat, ist auf Anweisung des Herrn preußischen Ministers des Innern seitens des Oberpräsidenten der Rheinprovinz das Erscheinen der Zeitung für die Dauer vom 7. bis 9. Juli einschließlich verboten worden.

Zerstörungswut in öffentlichen Anlagen

Das Publikum ergreift für Frevler Partei!

Die Zerstörungen in den öffentlichen Anlagen Kölns nehmen in der letzten Zeit unglaubliche Formen an. Bänke, zu deren Wiederherstellung die Mittel kaum aufzubringen sind, werden herausgerissen und zertrümmert. Im inneren und äußeren Grüngürtel werden sie in die Kanäle und Wasserbecken, im Rheinpark in den Rhein geworfen. Dasselbe Schicksal erleiden aufgestellte Papierkörbe und Schilder. Sträucher und Bäume, die heute noch freudig wachsen, liegen am nächsten Tage ausgerissen und zerfetzt umher. In den nur noch spärlich vorhandenen Blumen-, Stauden- und Rosenbeeten feiert die Zerstörungswut wahre Orgien. Die Pflanzen werden in Mengen herausgerissen und entwendet, die Blumen abgerissen und abgeschnitten. Durch das Beschädigen der Rinde älterer Bäume mit Messern und anderen scharfen Gegenständen werden den Bäumen oft nicht mehr auszuheilende Wunden beigebracht.

An diesem Zerstörungswerk beteiligten sich sowohl bereits herangewachsene Burschen, die oft in den Abendstunden rudelweise bestimmte Anlagen heimsuchen, als auch Kinder. Letztere, die dem Beispiel der Erwachsenen folgen, begreifen oft gar nicht die Tragweite ihres Handelns. Die Gartenarbeiter der städtischen Gartenverwaltung, deren Zahl in diesem Jahr stark verringert wurde, sind in vielen Fällen dem rohen Treiben gegenüber machtlos. Bei ihrem Einschreiten ergreift das Publikum unbegreiflicherweise auch noch oft Partei für die Uebeltäter. Die Gartenverwaltung richtet einen Aufruf an alle Kreise, bei der Bekämpfung dieses Vandalismus mitzuwirken.

Düsseldorf

Düsseldorf. Frankennoten auf der Straße. Am 23. Juni sind im Stadtteil Düsseldorf-Gerresheim, Sonnbornstraße, Banknoten von je 1000 Schweizer Franken von verschiedenen Personen gefunden worden. Einige Noten sind bereits abgeliefert worden. Die Finder der noch fehlenden Banknoten werden von der Polizei in ihrem eigenen Interesse gebeten, diese umgehend bei der Polizei abzuliefern.

Um das Düsseldorfer Schauspiel

Die Stadt verpflichtet Personal des Schauspielhauses

Wie wir erfahren, haben bereits 21 Mitglieder des Ensembles des Düsseldorfer Schauspielhauses mit der Stadt Düsseldorf Verträge abgeschlossen, die ihre Uebernahme in das Düsseldorfer städtische Schauspielhaus sichern. Von vier Künstlern liegt noch keine Entscheidung vor, während fünf weitere bereits mit anderen auswärtigen Theatern abgeschlossen haben. Auch die Verhandlungen mit dem technischen Personal des Düsseldorfer Schauspielhauses stehen vor dem Abschluß, dessen größter Teil ebenfalls von der Stadt Düsseldorf übernommen werden wird

Unter mehrfachem Mordverdacht

Der Lustmord von Zülpich — Der Mädchenmord von Rideggen

Wie gemeldet, wurde kürzlich in einer Scheune in Rövenich bei Zülpich ein Kind ermordet aufgefunden. Es stellte sich heraus, daß an dem Kind ein Sittlichkeitsverbrechen verübt worden war. Kurz darauf wurde ein junger Mann festgenommen, gegen den starke Indizien vorlagen. Mit diesem Menschen glaubt man jetzt auch einen Mädchenmord in Verbindung bringen zu können, der vor einigen Jahren in der Gegend von Rideggen verübt wurde. Um die fragliche Zeit war der in Untersuchungshaft sitzende junge Mann als Lehrling in Rideggen tätig.

Unwetterkatastrophe im Allgäu

Das furchtbare Unwetter, das am Mittwochnachmittag über Füssen im Allgäu niedergegangen ist, hat ungeheuren Schaden angerichtet, der sich ziffernmäßig noch nicht annähernd darstellen läßt. Besonders heimgesucht wurden das Zentrum der Stadt sowie der nördliche und östliche Teil. Stellenweise sieht die Stadt aus, als ob ein Trommelfeuer über sie hinweggegangen wäre.

Manche Häuser gleichen Ruinen. Nahezu alle Dachplatten wurden durchschlagen und die Fensterscheiben zertrümmert. Da auf den furchtbaren Hagelschlag ein gewaltiger Wolkenbruch folgte, drangen die Wassermassen in die Speicher und die oberen Stockwerke der Häuser ein. Viele Wohnräume sind unbewohnbar geworden, sodaß Einwohner und Hotelgäste ausquartiert und anderweitig untergebracht werden mußten. Ein trauriges Bild der Verwüstung bieten die Gärten, die Wiesen und Acker, in der Umgebung. So unglaublich es klingt, so ist es doch Tatsache, daß vereinzelt Hagelschloßen im Gewicht bis zu einem Kilogramm gefallen sind. Es gibt Acker, auf denen kein Grashalm und kein Pflänzchen mehr steht.

Fällt heute die Entscheidung?

Über den Verlauf der gestrigen Abendsitzung erfährt man noch, daß Herriot im Gegensatz zu dem Standpunkt, den er in seinen Erklärungen vor der Presse eingenommen hatte, sich im Verlauf der Sitzung unvermindert sowohl auf eine Ziffer von vier Milliarden wie auf die Ablehnung der natürlichen politischen Konsequenzen durchaus versteift hat. Unter dem Druck der von allen Seiten auf ihn ausgeübt wurde, erklärte er schließlich, er habe soviele Papiere jetzt in der Hand, daß er sie zunächst zusammen mit seiner Delegation prüfen und überlegen müsse. Außerdem fühle er sich sichtlich physisch erschöpft und bat um Abbruch der Verhandlungen für gestern. Ein Termin für die Festsetzung neuer Verhandlungen für heute ist zur Stunde noch nicht vereinbart. Auch MacDonald klagte schon vor Beginn der Abendsitzung über heftige Kopfschmerzen, sodaß für ihre kurze Dauer neben den materiellen auch persönliche Gründe zweifellos mitsprachen. In der Lage ist also gegenüber der gestrigen Nachmittagssitzung keinerlei Änderung eingetreten.

Über die Zusammenkunft, die am gestrigen Abend zwischen dem deutschen Reichskanzler, MacDonald und Herriot stattfand und von 9,30 Uhr bis ca. 10,30 Uhr dauerte, verlautet aus englischen Kreisen folgendes:

Die Zusammenkunft hat kein Ergebnis erbracht, und es ist auch kein Fortschritt über eine Einigung, über die Summe der deutschen Leistungen oder die politischen Klauseln zu verzeichnen. Die deutsche und die französische Delegation verharren auf ihren Standpunkten. Eine neue Zusammenkunft zwischen Herrn von Papen und Herriot ist für morgen früh vorgesehen. Es verlautet ferner, daß diese Zusammenkunft eine entscheidende sein dürfte. Jedoch fürchtet man in englischen Kreisen, daß der morgige Tag mit Zusammenkünften und Verhandlungen völlig ausgefüllt sein wird, sodaß es unwahrscheinlich erscheint, daß eine eventuelle Entscheidung vor dem späten Abend erwartet werden dürfte. Dies heißt, daß eine Vollsitzung der Konferenz nicht vor Freitag stattfinden kann. Weiter verlautet, daß trotz des Pessimismus, der in deutschen und in französischen Kreisen herrscht, man in englischen Kreisen der Überzeugung ist, daß die Lage sich seit gestern verbessert hat.

Die Pariser Morgenblätter zeigen sich nach wie vor sehr pessimistisch über den Ausgang der Lausanner Verhandlungen. Man unterstreicht allgemein, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Abordnungen noch nie so groß gewesen seien, wie im gegenwärtigen Augenblick.

Wie bereits kurz gemeldet, hat Ministerpräsident Herriot dem Wunsch der sozialistischen Kammerfraktion stattgegeben und sich bereiterklärt, noch vor den Ferien eine große außenpolitische Aussprache in der französischen Kammer herbeizuführen. Am Dienstag will er vor dem Auswärtigen Ausschuß der Kammer erscheinen.

Die Londoner Presse rechnet ziemlich zuversichtlich mit einem erfolgreichen Abschluß der Lausanner Verhandlungen.

Im amerikanischen Staatsdepartement wird eine Vertagung der Genfer Abrüstungskonferenz als ein kluger Schritt bezeichnet.

Der frühere Präsident von Chile, Ibanez, ist heute nach Santiago de Chile zurückgekehrt. Man spricht von einem Eintritt des Expräsidenten in die Regierung.

Auf einer Kundgebung der Eisernen Front in Halle a. d. Saale sprach Mittwochabend Reichstagspräsident Löbe.

Adolf Hitler sprach gestern Abend in Bad Tölz vom Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung. Diese habe sich die innere und äußere Befreiung des deutschen Vaterlandes zum Ziele gesetzt. Die Phantome vom Völkerbund und Internationale müßten endgültig aus den Reihen der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie gerissen werden. Aus eigener Kraft müsse das Volk sein Schicksal aufbauen. Es handele sich auch am 31. Juli nicht um die Erringung einiger Ministersessel oder irgendeiner Reichstagsmehrheit, sondern um die Wiedergewinnung der deutschen Seele.

Die Zahl der bei den Essener Unruhen am Samstag und Sonntag zu Tode gekommenen Personen hat sich auf sechs erhöht.

Die Telegrafen-Union berichtet am heutigen Morgen um 10 Uhr: Die Erwartung, daß die beiden amerikanischen Flieger heute ganz früh in Moskau landen würden, hat sich noch nicht erfüllt. Nach aus Minsk eingetroffenen Nachrichten soll das amerikanische Flugzeug jedoch über der Grenze in Richtung Moskau fliegend, gesichtet worden sein. Auf Veranlassung der Gesellschaft Ossoaviachim hat der Generalsekretär Malinowski die Flugstationen der Gesellschaft angewiesen, unverzüglich über den Standort des Flugzeuges nach Moskau zu berichten.

Das englische Unterhaus nahm am Mittwochabend das Gesetz zur Erhebung von Sonderzöllen auf irische Waren in zweiter Lesung mit 321 gegen 41 Stimmen an. Der Minister für die Dominions teilte mit, daß die englische Antwortnote an de Valera in der Schiedsgerichtsfrage im Interesse des Friedens sehr wichtige Zugeständnisse enthalte.

Noch keine Einigung

Die Lausanner Vormittagsbesprechung zwischen von Papen—Herriot dauerte bis 12 Uhr am heutigen Mittag. Ein Erfolg ist noch nicht erzielt. Die Besprechungen gehen heute nachmittag weiter. Der allgemeine Eindruck ist jedoch etwas hoffnungsvoller!

Westdeutsches

Eschweiler. In einem 20 Meter tiefen Weiher ertrunken. Der aus Mariadorf stammende 22 Jahre alte Bergmann Frett, der abends in einem 20 Meter tiefen Weiher bei Gut Glücksburg ein Bad nahm, ist ertrunken. Seine beiden am Ufer stehenden Begleiter mußten, da sie nicht schwimmen konnten, zusehen, wie Frett ertrank. Ein Einwohner aus Hehlrath bemühte sich durch Tauchen, die Leiche zu finden. Der Versuch blieb aber wegen der Trübung des Wassers erfolglos. Auch am andern Morgen erneut angestellte Bergungsversuche führten zu keinem Ergebnis.

Moers. Schweres Motorradunglück. Am Abend geriet der Motorradfahrer Kauschen aus Lintfort mit seiner Maschine auf der Fahrt nach Repelen durch einen Reifendefekt ins Schleudern. Dabei wurde er in den Straßengraben geschleudert. Kauschen und seine Soziusfahrerin Elli Blanke erlitten schwere Schädelverletzungen, sodaß sie dem Krankenhaus in Moers zugeführt werden mußten. Die Mitfahrerin ist inzwischen ihren Verletzungen erlegen.

Paderborn. Ein Generalstaatsanwalt a. D. zum Priester geweiht. Der seltene Fall, daß ein Generalstaatsanwalt „umsattelt", trotz eines Alters von 60 Jahren in Bonn und Eichstätt Theologie studiert und zum Priester geweiht wird, hat sich jetzt ereignet. Der frühere Oberstaatsanwalt Dr. Peter Claer, aus Aachen stammend, begann seine juristische Laufbahn als Staatsanwalt in Essen, war mehrere Jahre als Oberstaatsanwalt in Paderborn tätig und wurde als Generalstaatsanwalt nach Marienwerder in Ostpreußen versetzt. Von dort nahm er seinen Abschied aus dem Staatsdienst und studierte Theologie. Jetzt wurde er im Dom zu Paderborn zum Priester geweiht.

Moers. Beim Vogelfang gefaßt. Durch das Fangen von Singvögeln und anderen nützlichen Vogelarten wird unserer heimischen Vogelwelt großer Schaden zugefügt. Vielfach werden gefangene Vögel auch geblendet gehalten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch das Fangen einzelne Vogelarten in absehbarer Zeit aus der hiesigen Gegend gänzlich verschwinden. So wird uns berichtet, daß im Baerler Busch zwei Erwerbslose aus Gelsenkirchen von einem Forstaufseher beim Einfangen von Singvögeln gestellt wurden. Sie hatten Lockvögel und Leimruten aufgestellt und bereits zwei Buchfinken gefangen, wovon einem die Freiheit wiedergegeben werden konnte, während der andere in der Rocktasche eines der beiden Tierfrevler bereits erdrückt war. Die Vogelfänger, bei denen ein Lockvogel, 19 Säcke und etwa 50 Leimruten beschlagnahmt wurden, gelangten zur Anzeige. Weiter wurden im Baerler Busch noch zwei Personen aus der Meerbecker Kolonie beim Vogelfang erwischt. Auch diese Burschen wurden angezeigt. Da nach der Verordnung zum Schutze von Tier- und Pflanzenarten in Preußen vom 16. Dezember 1929 das Fangen der Vögel streng bestraft wird, werden die Vogelfänger ihrer verdienten Strafe nicht entgehen

Trier. Die Lage der Moselbahn A. G. Nach dem Bericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1931 ist die Zahl der beförderten Personen von rund 1,5 Millionen auf rund 1,3 Millionen gesunken, die Menge der Stückgüter von 31 000 Tonne auf 33 000 Tonnen gestiegen. Die Wagenladungen sind dagegen wieder von 106 000 auf 68 000 Tonnen zurückgegangen. Die Betriebseinnahmen sanken von 1,4 Mill. auf 1,2 Mill. Mark, die Betriebsausgaben von 1,2 Mill. auf 1,1 Mill. Mark. Der Betriebsrohüberschuß beziffert sich auf 120 000 Mark. Nach Abzug von 100 000 Mark Rücklage für die Pflichtfonds und nach weiteren Abzügen für Zinsen, Abschreibungen usw. ergibt sich ein Fehlbetrag von 23 814 Mark. Der Bericht erklärt, der Rückgang der Betriebseinnahmen sei auf die allgemeine schlechte wirtschaftliche Lage zurückzuführen, die sich in einem Weinbaugebiet, wie es von der Moseltalbahn durchfahren wird, ganz besonders stark auswirke.

Detmold. Sühne für die Alverdissener Veruntreuungen. Das hiesige Schöffengericht verurteilte den Gelderheber Kurt Arning wegen Untreue, Unterschlagung, Urkundenfälschung und Erpressung zu einem Jahr 10 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Ein Mitangeklagter, der Bankangestellte Willi D., erhielt sechs Wochen Gefängnis. Dem Prozeß lagen die bei der Amtssparkasse Alverdissen in den Jahren 1924—1928 begangenen Veruntreuungen zugrunde. Die Angeklagten hatten durch falsche Buchungen, plumpe Fälschungen usw. nach und nach bis in die Tausende gehende Summen ergaunert. Zum Teil wurden die Beträge dann mit leichtsinnigen Kumpanen verjubelt.

Wirbelsturm über Münster

Am Mittwochmittag gegen 1 Uhr bildete sich über Münster während eines Gewitters eine schwere Wirbelsturmkatastrophe heraus. Der Wirbelsturm erstreckte sich auf den mittleren Teil der Stadt, namentlich auf das Gebiet des Servatiiplatzes. Hier wurden sieben schwere Bäume von 75 Zentimeter Durchmesser und Höhen von 40 Metern glatt entwurzelt. Die Dächer der umliegenden Häuser wurden abgedeckt. Die Katastrophe vollzog sich in wenigen Minuten und hat, wie durch ein Wunder, keine Menschenleben gefordert. Die Windhose bewegte sich dann nach dem östlichen Teil der Stadt, wo ebenfalls mehrere Häuser abgedeckt und Bäume entwurzelt wurden. Auch hier sind Menschenleben nicht zu Schaden gekommen.

Wünschelrutengänger stoßen auf Gold

Eine goldstaubhaltige Quarzader bei Bünde

Zwei Bünder Einwohner suchten in der Bünder Feldmark mit der Wünschelrute nach einer Wasserader. Sie machten hierbei die Entdeckung, daß die Wünschelruten sich nicht nach Wasser, sondern nach Mineralien zogen. Verschiedene Versuche brachten sie zu der Ueberzeugung, daß eine Goldader den Anziehungspunkt bilden mußte. An einer starken Schlagstelle ließ man den Boden ausheben und stieß hier bei einer Tiefe von zwei Metern auf Quarz. Die Untersuchung des Quarzes soll ergeben haben, daß es tatsächlich mit Goldstaub durchsetzt ist. Da nach Ansicht der Rutengänger diese Ader in einem weiteren Umkreis verläuft, soll ein Fachwissenschaftler hinzugezogen werden.

Preisanarchie im Hotelgewerbe

Orientalische Verhandlungsmethoden

Der Internationale Hotelbesitzerverein schreibt uns u. a.:

In Hotelkreisen sind in letzter Zeit die Klagen über Preisschleuderei nicht mehr verstummt. Eine nähere Untersuchung der Vorgänge hat ergeben, daß leider nicht selten auch in guten Häusern bei der Ankuntf des Gastes Verhandlungen um den Preis einsetzen, die vielfach an orientalische Verkaufsmethoden erinnern. Ueberall, aus allen bekannten Reisegebieten hört man die gleiche Klage der gegenseitigen Unterbietung, die heute Ausmaße erreicht hat, daß man von einer wahren Preisanarchie sprechen kann. Es ist vielfach so geworden, daß der Gast einfach umkehrt, wenn er nicht den Preis erhält, den er wünscht. Das Hotelgewerbe in allen Ländern richtet daher einen dringenden Appell an alle diejenigen, die zurzeit reisen und in Hotels absteigen, davon absehen zu wollen, die Hotels untereinander in der Preisfrage auszuspielen. Die Preisgestaltung ist heute so, daß sie den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen und den notwendigen Beschränkungen durchaus Rechnung trägt. Preisanarchie und Preisschleuderei richten sich erfahrungsgemäß letzten Endes immer wieder gegen den Gast, da bei weiteren Preissenkungen die Leistungen an verschiedenen Stellen erheblich sinken.

2 Knaben ertrunken

Oberhalb der Orsoyer Hafenmündung wurden abends die Kleider zweier Knaben am Rhein aufgefunden. Es handelt sich um einen 12 und 10 Jahre alten Jungen aus der Schulstraße. Da trotz aller Nachforschungen über den Verbleib der beiden Knaben nichts zu ermitteln war, ist bestimmt damit zu rechnen, daß beide beim Baden von der an dieser Stelle herrschenden Strömung mitgerissen und ertrunken sind.

Die Feuerwehr von Ilsha auf der Anklagebank

In der Scheune des Landwirts und Schuhmachers Ahlheidt in Ilsha (Kreis Wolfhagen) war am 14. Februar 1932 Feuer ausgebrochen, das zu löschen die an der Brandstelle erschienene Feuerwehr nicht den geringsten Versuch machte, obwohl die Feuerspritze und genügend Wasser vorhanden waren. Als dann infolge Mangels an brennbarem Material das Feuer von selbst ausgegangen war, legten die Feuerwehrleute an 5 Stellen innerhalb des Wohnhauses und an den Außenwänden neue Brandherde an, wobei mit Petroleum „gelöscht" wurde. Der „tatkräftigen Förderung" des Brandes durch die Feuerwehrleute war es auch zuzuschreiben, daß das ganze Anwesen des Ahlheidt bis auf den Grund niederbrannte. Nach langwierigen Ermittlungen war es der Staatsanwaltschaft Kassel gelungen, die Gründe des Brandes aufzudecken. Vor dem Schwurgericht haben sich jetzt 14 Angeklagte aus Ilsha, die fast ausnahmslos damals zur Feuerwehr gehörten, wegen Brandstiftung zu verantworten. Vier Haupttäter befinden sich seit dem Februar d. J. in Untersuchungshaft. Die Angeklagten haben neun Rechtsanwälte zur Verteidigung. Man rechnet mit einer Verhandlungsdauer von mindestens zwei Tagen. Hatten die Angeklagten im Vorverfahren stark belastende Angaben gemacht, so stritten sie jetzt alles ab, teilweise mit solcher Unverfrorenheit, daß der Vorsitzende mit energischen Rügen eingreifen mußte. Würde man der Darstellung der Angeklagten folgen, dann müßte man annehmen, daß bei dem Brand alles völlig in Ordnung gewesen sei.

Der zweite Verhandlungstag war vom Morgen bis in den späten Abend mit Zeugenvernehmungen ausgefüllt. Mit Ausnahme der Aussagen eines Belastungszeugen, der schwere Anschuldigungen gegen die Angeklagten vorbrachte, dafür aber von anderen Zeugen um so schärfer angegriffen wurde, ergab die Beweisaufnahme nichts Neues mehr. Das Gutachten des Brandsachverständigen geht dahin, daß der Bürgermeister Klapp und der Ortsbrandmeister Schmidt eine Pflichtverletzung begangen haben, indem sie das Haus niederreißen ließen, obwohl eine Notwendigkeit dazu nicht vorlag. Der Sachverständige nimmt als erwiesen an, daß drei Brandherde gelegt worden sind. Der Prozeß wurde auf Mittwoch, 6. Juli, vertagt. Ein Antrag auf Aufhebung der Haftbefehle gegen die vier seit Februar in Haft befindlichen Haupttäter wurde vom Gericht gegen den Widerspruch des Staatsanwalts genehmigt.

Weihe des Reichskolonial-Ehrenmals in Bremen

In Bremen fand in Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Reichsbehörden, des Heeres, der Marine, ehemaliger Staatssekretäre und Gouverneure sowie früherer Schutztruppenkommandeure die Einweihung des Reichskolonial-Ehrenmals statt.

Der ehemalige Gouverneur von Deutsch-Südwest-Afrika, Exzellenz **von Lindequist**, verlas folgende **Kundgebung des Reichspräsidenten:**

„Am heutigen Tage, an dem in Bremen das deutsche Kolonial-Ehrenmal für die im Weltkriege gefallenen Kolonialkrieger eingeweiht wird, neige ich mich in Ehrfurcht vor dem Andenken unserer deutschen Brüder, die im Weltkriege in den deutschen Schutzgebieten, auf verzweifeltem Posten kämpfend, ihre Treue zum Vaterlande mit dem Tod besiegelt haben. Möge auch ihr Beispiel uns stets eine Mahnung sein, den Geist, der Deutschland in seinem großen Verteidigungskampf für Ehre und Leben beseelt hat, auch in Zukunft wachzuhalten! Allen Teilnehmern an der Feier, der ich einen guten Verlauf wünsche, sende ich herzliche Grüße und den Ausdruck treuen Gedenkens."

Auch in Frankreich eine Preiskommission?

Aus Paris, 6. Juli, wird berichtet: Die Bemühungen, über den Finanzgesetzentwurf zu einer teilweisen Verständigung zwischen Regierung und Parlament zu gelangen, dauern an. Es soll die Absicht bestehen, einen Preiskontrollkommissar bei der Ministerpräsidentschaft einzusetzen, der die Bewegung der Einzelpreise zu überwachen und gesetzgeberische, verwaltungstechnische und Strafmaßnahmen vorzuschlagen hätte, um die Lebensteuerung zu bekämpfen und Mißbräuche abzustellen. Außerdem sollen die Beamtenvertretungen aufgefordert werden, Sparvorschläge zu machen.

Auch Köchermann und Danz fahren

Wenn es in diesem Tempo weitergeht, wird Deutschland in Los Angeles noch mit einer stattlichen Expedition antreten. Nachdem schon Eberle und Wegener durch private Geldersammlung für das Olympia nachgemeldet werden konnten, hört man jetzt, daß der Hamburger Weitspringer Köchermann und der Kasselaner Danz für den Weitsprung bezw. 800 Meter gemeldet wurden. Das Geld für diese beiden Athleten ist ebenfalls von privater Seite aufgebracht worden.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"

Verantwortl. Schriftleiter:
i. V. Josef Maaßen, Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.

Das Wetter von heute und morgen

Mäßig warm, zeitweise aufheiternd, aber noch Neigung zu einzelnen gewitterartigen Schauern, meist schwache Luftbewegung.



KARNER DER DIKTATOR

VON WOLFGANG MARKEN

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU · SA

Karner empfing Feodora Tomary.

Erschüttert hörte er ihren Bericht an. Marie-Anne, die der Unterhaltung beiwohnte, war tief ergriffen.

Feodora Tomary erzählte von ihrer freudlosen Jugend, die sie in Paris verlebt hatte. Fast ohne Vermögen waren die Tomarys in die französische Hauptstadt gekommen und hatten sich durchgefristet, bis das Geld zu Ende war. Dann mußte gearbeitet werden.

Fürst Tomary war alt und schwach, und seiner zarten Frau fehlten die Kräfte. So mußte die Achtjährige helfen. Sie tanzte als Kind schon im Varietee und wurde als ein kommender Stern gefeiert.

Sie wurde zwölf Jahre alt, als ihre Eltern kurz hintereinander starben. Der Direktor des Varietees nahm sich ihrer an, und sie lebte bis zum zwanzigsten Jahre in seinem Hause. Mittlerweile war sie eine gefeierte Tänzerin geworden und hatte ein gutes Auskommen. Aber sie hielt es nicht mehr aus in Paris. Die Sehnsucht packte sie, und sie fuhr nach Rußland, nach der Heimat. Hier begann für sie aufs neue eine Leidenschaft. Die Tscheka hielt sie der Spionage verdächtig. Man machte ihr den Prozeß. Ihrer Schönheit verdankte sie, daß man sie freisprach. Sie bezahlte den Freispruch mit der Hingabe ihres Leibes an den damaligen Leiter der Tscheka, nur der Einspruch des Präsidenten rettete sie vor neuer Verhaftung. Wiederum mußte sie mit ihrem Körper zahlen. Sie war gleichgültig geworden, hatte sich damit abgefunden Tanoffs Favoritin zu sein, bis . . . Karner nach Rußland kam.

Still hatten die beiden zugehört, und als sie zu Ende war, da sagte Karner: „Sie haben viel gelitten, Feodora Tomary. Vielleicht gleicht es das kommende Leben aus. Sagen Sie mir, was gedenken Sie jetzt zu tun?"

Das schöne Weib sah ihn mit einer heißen Bitte in den Augen an.

„Lassen Sie mich mithelfen am Aufbau des geliebten Vaterlandes."

„Das können Sie und sollen Sie, Feodora Tomary. Aber ich weiß heute noch nicht, an welchen Platz ich Sie stellen soll. Sie sind allein. Ich möchte zunächst, daß Sie wissen, wo Sie hingehören. Wollen Sie vorläufig an der Seite meiner Frau bleiben? Es wird sich dann alles finden. Aber eins, Feodora Tomary, will ich Ihnen heute gleich sagen: Ich habe den Sowjetstaat zur Kapitulation gezwungen, durch Rußlands Volk. Und dem Volke gehört mein Herz. Erwarten Sie nicht, daß ich das alte zaristische Rußland wieder aufbaue, daß ich das halbe Land den einstigen Herren, den Großfürsten, Fürsten und anderen Großgrundbesitzern wieder zurückgebe. Das kann ich nicht, ich müßte dann mein Werk gefährden. Sie mögen alle wieder in die Heimat zurückkehren. Aber sie müssen sich unbedingt in das neue Rußland einfügen."

„Sie werden es, Herr Karner, so wie ich es will!" sagte das Mädchen fest.

Karner reichte ihr die Hand und sagte herzlich: „Seien Sie mir willkommen!"

* * *

Der Polizeipräsident von Moskau erstattete Karner Bericht.

Bei der Untersuchung war festgestellt worden, daß der Attentäter, der von der Menge erschlagen wurde, ein Engländer namens Kinsbay war, der seit zwölf Jahren der englischen Filiale der Englisch Paper Corporation als Leiter vorgestanden hatte.

Karner ließ Kalycin, Karmasoff und Maxim Donell rufen und sprach sich mit ihnen aus. Es wurde beschlossen, alle Engländer und Amerikaner auszuweisen, die bestehenden Filialen englisch-amerikanischer Firmen aufzuheben und den Botschaftern von Amerika, Frankreich, Italien und Spanien die Pässe zu geben. England unterhielt keine Botschaft in Moskau, sondern nur ein Konsulat, das gleichfalls aufgehoben wurde.

„Es wird nicht der letzte Anschlag sein, Herr Karner!" sagte Karmasoff ernst. „Es ist unbedingt richtig, daß Sie alle Feinde Rußlands ausweisen, solange Sie Rußland aufbauen."

Karner nickte ernst. „Es wird nicht der letzte sein. Aber ich bin voll Hoffnung, Herr Karmasoff, daß ein Höherer seine Hand über mich hält und das Werk schützt."

„Was gedenken Sie mit Tanoff zu tun, Herr Karner? Wünschen Sie, daß er vor das höchste Gericht Moskaus gestellt wird?"

„Ich beantrage das Verfahren wegen Hochverrats. Das Zeugnis seines Leibkosaken Dojan belastet ihn aufs schwerste. Er verdient keine Milde und soll als oberster Führer des Reiches die Strenge des Gesetzes spüren."

„Man wird ihn zum Tode verurteilen, Herr Karner."

Karner schüttelte den Kopf. „Nein, denn ich schaffe — das wird eine meiner ersten Regierungshandlungen sein — die Todesstrafe ab. Aber das Zuchthaus ist ihm gewiß. Sagen Sie, Herr Karmasoff, wer ist dieser Dojan?"

„Ein noch sehr junger, aber äußerst intelligenter Mensch. Er spricht mehrere Sprachen und hat ein ausgezeichnetes Auftreten."

„Gut, gut! Und . . . seine moralischen Qualitäten? Er hat doch uns verraten, daß Tanoff von den Großmächten bestochen wurde."

„Das tat er, Herr Karner. Aber . . . der Mann war treu, bestimmt war er das, bis zu dem Augenblick, da er erkannte, daß Tanoff Rußland verriet. Dojan liebt seine Heimat leidenschaftlich wie jeder gute Russe."

Karner schien befriedigt zu sein. „Dann werde ich Dojan zu meinem Sekretär machen."

„Das ist bestimmt keine schlechte Wahl, Herr Karner. Sie können sich auf den Kosaken verlassen."

* * *

In der amerikanischen Botschaft war große Aufregung.

Die Meldung vom Attentat auf Karner war eingetroffen. Der Botschafter Dr. Burmans verhehlte dem Attaché Wilkens gegenüber nicht, wie sehr er bedaure, daß die Bombe nicht besser getroffen habe.

Der Attaché entgegnete: Dieser Karner ist . . . Sie sagten es schon richtig . . . ein Machtfaktor ohnegleichen. Als er in Deutschland sein Werk errichtete, ließ er in weiser Voraussicht am Fuße des Ural ein zweites Werk errichten. Er kam nach Rußland und ein mächtiges Werk wartete auf ihn. Man sagt, daß es mit allen Maschinen schon seit Monaten ausgerüstet sei, daß es nur nötig wäre, daß Karner anstellt. Was wird die Welt mit diesem Manne noch erleben?"

Der Botschafter sah finster vor sich hin, dann wandte er den Kopf zur Tür. Sein Sekretär, Mr. Spars, war eingetreten. Sein Gesicht war bleich.

„Was gibt es, Mr. Spars?" fragte der Botschafter erregt.

„Herr Karner hat der Botschaft die Pässe zugeteilt. Er bittet uns, Rußland zu verlassen."

Der Botschafter erschrak, griff nach dem Papier und las: „Ich bitte Sie, Rußland umgehend zu verlassen. Martin Karner."

Was sagen Sie dazu, Wilkens?"

„Wir werden reisen müssen."

Karner erhielt eine Note der Großmächte England, Frankreich, Italien, Spanien und Amerika.

In dieser Note, die sehr scharf gehalten war, und die einen ultimativen Charakter trug, verlangten die Großmächte den Rücktritt Karners als Diktator und drohten im Falle der Nichterfüllung mit einschneidenden kommerziellen und anderen Maßnahmen.

Karner rief Karmasoff und Kalycin zu sich.

Sie sprachen sich nur kurze Zeit darüber aus.

Karners Antwort an die Großmächte lautete: „Das russische Volk hat mich zum Diktator erhoben, und ich werde diese Stelle solange innehaben, bis mein Werk in Rußland durchgeführt ist. Meine Arbeit dient dem Aufbau Rußlands, dem Aufbau der Welt überhaupt. Ich bitte die Mächte, mich künftighin mit ihren Einmischungen zu verschonen und zu bedenken, daß es mir ein leichtes sein wird, meine Erfindung zu einer furchtbaren Kriegsmaschine zu machen. Martin Karner."

* * *

Diese Antwort, die ganz aus dem Rahmen der üblichen Noten fiel, erregte die ganze Welt in stärkster Weise.

Die Großmächte empfanden sie als einen Schlag ins Gesicht, und ihre Presse verlangte energisch ein Einschreiten mit Waffengewalt.

Der Völkerbund, der in Genf versammelt war, beschäftigte sich sofort mit dem Problem Karner und Rußland.

Die Großmächte führten ihre Vertreter ins Feuer, die sich in heftiger, teilweise gehässiger Weise gegen Karner aussprachen und verlangten, daß durch ein gemeinsames Einschreiten mit Waffengewalt der Unruheherd beseitigt wird.

Aber sie fanden Widerstand.

China — das wohlweislich nicht aus dem Völkerbund ausgetreten war, und die anderen unterdrückten Staaten Europas, sprachen dagegen. Ja, sogar die Vertreter Brasiliens und Argentiniens sprachen dem Völkerbund ein Recht dazu ab und warnten.

Nach langen Verhandlungen kamen die Mächte zu dem Beschluß, daß die Staaten, die dem Völkerbund angehörten, jede diplomatische und kommerzielle Verbindung mit Rußland einstellen, solange Karner Diktator sei.

Nachdem dieser Beschluß gefaßt war, stand Graf Dorpendal, der Führer der deutschen Delegation, auf und wandte sich in schärfster Weise gegen den Beschluß. „Meine Regierung wird auf keinen Fall bereit sein, die kommerziellen und diplomatischen Beziehungen zu Rußland, mit dem uns jetzt ein freundschaftlicher Geist verbindet, abzubrechen. Sie wird es lieber vorziehen, aus dem Völkerbund auszutreten."

Die Worte des Deutschen brachten das ganze Haus in Aufregung, die solche Formen annahm, daß sich die Vertreter Frankreichs in Beschimpfungen ausließen.

Doch es sollte noch ärger kommen.

Polens Ministerpräsident Brusin stand auf und schloß sich den Worten des deutschen Vertreters an.

Er sprach vorsichtiger, betonte seine Freundschaft zu den alliierten Staaten und führte aus, daß Polen als Staat, der zwischen den beiden großen Reichen Rußland und Deutschland liege, die Politik des Völkerbundes nicht mitmachen könne, ohne den Staat zu gefährden. Seine Rede schlug ein wie eine Bombe.

Frankreichs Vertreter waren es wiederum, die einen wüsten Lärm vollführten.

Aber es blieb bei dem Beschluß, und die Folge war der Austritt Deutschlands und Polens aus dem Völkerbund.

Brusin konferierte bis tief in die Nacht hinein mit den deutschen Vertretern.

* * *

Als Karner die neue Note der alliierten Staaten erhielt, lächelte er und reichte sie Karmasoff.

Der las sie und sagte voll Befriedigung: „Die Welt fängt an zu ahnen, daß Sie der Führer sind."

„Ich bringe nur den Anfang, lieber Freund," sagte Karner. „Ein Leben reicht nicht aus, um das Werk zu vollbringen. Ich hoffe, daß mir mein Weib einen Sohn schenkt, der mein Werk zu Ende führt. Aber . . . jetzt werde ich anfangen. Morgen reise ich nach der russischen Karnerstadt und stelle meine Urmaschine ein. Die Stunde ist gut. Maximilian Michailoff wird mich vertreten. Er sieht mir ähnlich, als ob es mein Bruder wäre. Niemand darf wissen, daß ich fern von Moskau bin."

Karmasoff nickte.

„Wann werden Sie Petersburg einen Besuch abstatten? Die Stadt hat darum gebeten. Auch Kasan und die anderen Städte Rußlands wollen Sie sehen, Herr Karner. Ergebenheitsdepeschen liegen von allen Teilen Rußlands vor. Die Kommissare sind überall abberufen. Das Volk atmet auf. Sie gaben den Städten und Gemeinden die Selbstverwaltung. Das war klug, Herr Karner. Nur in einigen Teilen ist noch nicht alles restlos für Sie. Petersburg nimmt eine schwankende Stellung ein. Das dortige Gewerkschaftsdirektoriumskommitee erklärt, daß es erst nach einer persönlichen Aussprache mit Ihnen entscheiden kann, ob es sich hinter Sie stellen kann, oder ob es für den Sowjetstaat kämpfen will. Auch im Dongebiet würde Ihr Eingreifen wertvoll sein. Petersburg und das Dongebiet liegen mir besonders am Herzen."

Karner überlegte. „Ich werde vom Ural nach dem Dongebiet reisen und von dort aus nach Petersburg. Herr Karmasoff, kämpfen Sie die letzte Uebereinstimmung im russischen Volke nicht? Ich war auf Kämpfe gefaßt, und das Volk geht fast restlos mit mir."

Karmasoff lächelte. „Herr Karner, wir Russen lieben unsere Heimat vielleicht tiefer und fanatischer, als jedes andere Volk der Erde die ihre. Die Liebe zur Heimat läßt das Volk hinter Sie treten, denn das Volk hat den Glauben an Sie. Als sie in Deutschland schafften, horchte mein Volk auf, und von diesem Augenblick an stand es hinter Ihnen."

* * *

Zwei Tage später war Karner in seinen mächtigen Werken am Fuße des Ural.

Die Einstellung der Urmaschine klappte gut. Karner hatte den richtigen Moment gewählt.

Mehr Schwierigkeiten bot die Einstellung der Stoffgewinnungsmaschine. Die waren Karners neueste Erfindung. Es stellten sich bei den ersten Versuchen Gefahrenmomente heraus, die vorher nicht zu errechnen waren.

Karner und seine Mitarbeiter, der Inder Karma, sein väterlicher Freund und Karsavari, der schon in Deutschland Karners rechte Hand im Werk war, erlitten Brandwunden durch die Strahlung. Aber sie ließen nicht nach.

Karner fand die Fehlerquelle, und nach langem Experimentieren arbeitete die Maschine.

Sie zog Gold aus der Erde.

In Strahlung verwandelt, kam es aus dem Schoße der Erde, und oben verwandelte es sich durch Karners Urkraft wieder zu Materie.

Acht Stunden lang arbeitet der Apparat, dann stellte ihn Karner ab. Nun suchten die Sammler und fanden einen kleinen Klumpen Gold. Karner war zufrieden. Es war für etwa 1000 Mark Gold. Eine der kleinen Stoffgewinnungsmaschinen schafft somit im Jahre für etwa 1 Million Gold. Vorläufig waren von der kleinen Type zwölf Maschinen vorhanden, die also im Jahre zusammen für etwa zwölf Millionen Gold brachten. Karner stellte die Maschine auf Platin um und war über das Ergebnis überrascht. Er hatte auf eine geringere Ausbeute gerechnet und fand zu seiner Freude nach vier Stunden im Sammler für rund 20 000 Mark Platin.

Daraufhin entschloß er sich, seine zwölf Stoffgewinnungsmaschinen auf Platin einzustellen, an dem der Ural anscheinend ungleich reicher war als an Gold.

Die Bedienung der Maschinen war kinderleicht. Ein Hebeldruck schaltete sie ein, und ein Hebeldruck schaltete sie aus.

Die Urmaschine arbeitete und schuf den Urstoff, den Karner zum Füllen der Kugelelemente brauchte.

In der Fabrik, in der die Kugelelemente geschlossen wurden, klappte der Betrieb noch nicht. Karner ließ zuerst die Gießerei einrichten. Das dauerte noch geraume Zeit. Die Herstellung von hunderttausend Kugel-Elementgehäusen hatte er an die Kruppwerke in Deutschland vergeben. Die Ablieferung der ersten Rate sollte schon in zwei Wochen erfolgen.

Es ging alles ordnungsgemäß seinen Gang, und Karner nahm frohgemut Abschied von seinen Mitarbeitern.

Eines hatte er aber in diesen Tagen noch nicht zu schaffen vermocht. Die Stoffveredelungsmaschine, mit der es möglich war, Eisen in Gold, Blei in Gold oder Platin zu verwandeln, arbeitete noch nicht. Es hing an einer Kleinigkeit, aber Karner hatte den Fehler noch nicht gefunden.

* * *

Karner kam ins Dongebiet.

Er war auf Feindseligkeit und Widerstand gefaßt. Aber die Bevölkerung jubelte ihm entgegen, die Behörden feierten ihn.

Er empfing die Vertreter der Gewerkschaften des Dongebietes und sprach sich mit ihnen wie mit guten Freunden aus und gewann sie für sein Werk.

Den Höhepunkt erreichte er, als er ihnen das Kugelelement mit dem angeschlossenen Rotor vorführte.

Als sie das Element arbeiten sahen, ergriff sie Ehrfurcht vor dem großen Manne, der zum Heile Rußlands gekommen war. Die Nachricht von dem großen Wunder verbreitete sich mit Windeseile.

In Petersburg war es nicht ganz so leicht für Karner.

Dort fand er die Gewerkschaften in feindseliger Stimmung vor.

Es kostete ihm den Einsatz der ganzen Persönlichkeit, um den Wall zu durchbrechen. Nur langsam schwand das Mißtrauen. Die Person des großen Erfinders erzwang Hochachtung, und die Petersburger mußten erkennen, daß sie es mit einem absolut offenen, geraden Menschen zu tun hatten, der keine Ausflüchte machte.

Und sie gaben nach. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten wohl nach wie vor, am Sowjetstaate zu hängen, aber sie schlossen mit Karner einen Waffenstillstand und waren bereit, an seinem Programm mitzuarbeiten.

Sie kämpften vor allen Dingen gegen den Hauptpunkt in Karners Arbeitsprogramm: gegen das Arbeitsheer. Vier Stunden währte die Debatte über diesen Punkt, bis ein Kompromiß erzielt war.

Karner pflegte später zu sagen: „Petersburg hat mich ein halbes Jahr meines Lebens gekostet!"

* * *

Karner wich von der Gepflogenheit der Herrscher, ob es nun Kaiser, Könige, Präsidenten, Diktatoren oder Minister waren, ab. Er verschmähte die Heimlichkeit.

Was er sprach, war für alle bestimmt. Das ganze Volk hörte seine Worte. Auch als er nach seiner Rückkehr nach Moskau vor dem allrussischen Kongreß sprach verbreitete der Sender seine Rede.